

Telegraphische Depeschen.

Barnstadt, 8. Mai. Der Prinz von Bat-
enberg hat heute Vormittag 11 1/2 Uhr die Reise
nach Livadia angetreten. Vor seiner Abreise nach
Livadia wurde dem Prinzen vom Großherzog das
Kreuz des Ludwigorden verliehen.

Paris, 8. Mai. Die Republique francaise
schreibt, in der Angelegenheit des Erzbischofs von
Lyon, der sich in einem Hirtenbriefe über die Unter-
richtsfrage des Amtsmisbrauchs schuldig gemacht haben
sollte, sei die Abtheilung für das Innere im Staats-
rathe beinahe mit Einstimmigkeit zu der Entscheidung
gelangt, daß ein Amtsmißbrauch vorliege, man nehme
an, daß die Gesamtheit des Staatsrathes, welche
am 15. Mai zu einer allgemeinen Sitzung zusammen-
tritt, diese Entscheidung bestätigen werde.

London, 8. Mai. Nach hier eingegangenen Nach-
richten aus Simla vom heutigen Tage hat Jakub-
Khan dem Vizekönig von Indien seine Ankunft in
Ludamuc angezeigt und dabei zugleich den Wunsch
ausgedrückt, daß wieder freundschaftliche Beziehungen
zwischen Indien und Afghanistan hergestellt werden
könnten.

London, 8. Mai. Der Times wird aus Sun-
damuc dem 8. Mai gemeldet, Jakub-Khan sei heute,
begleitet von mehreren höhern Würdenträgern und
Mitgliedern seiner Familie, in dem englischen Lager
eingetroffen. — Der Kronprinz von Dänemark
hatte gestern eine Unterredung mit Lord Beaconsfield.

Petersburg, 8. Mai. Das Auftreten Sir
Robert Peels im englischen Parlament hat hier
großes Aufsehen erregt, wie man andererseits die cor-
recte Behandlung der Anfrage durch das englische Ge-
bernament anerkennt. Man würde in dieser Richtung
vielleicht gewünscht haben, daß die englische Regierung
nach den ihr vorliegenden Gesandtschaftsberichten eine
hatsächliche Zurückweisung der dem Peelschen Auf-
tretenen jedenfalls zu Grunde liegenden unrichtigen An-
schauungen hätte eintreten lassen; letztere scheinen aus-
schließliche auf den falschen Nachrichten der Times und
anderer Zeitungen zu basiren. Gegenüber jenen Zeit-
ungsmitteltheilungen ist zu constatiren, daß die Peter-
burgs-Festung noch nicht für 400, geschweige denn
für 4700 Arrestanten ausreicht; von den in der
Festung Inhaftirten ist niemand nach Kasan abgeführt
worden. Die behaupteten Verhaftungen von Offizieren
haben gar nicht stattgefunden; es sind seit Februar
überhaupt nur drei Offiziere verhaftet worden. Ver-
haftungen von ganzen Familien sind überhaupt nicht
vorgekommen. In die gleiche Reihe völlig unwahrer,
gerichtlich weiter verbreiteter Gerüchte gehören auch
die von der bevorstehenden Abdankung des Kaisers zu
Gunsten des Großfürsten-Thronfolgers. Nirgends ist
auch nur eine Aeußerung gefallen, die einer derartigen
Conjectur irgendeinen Anhalt geben könnte. — Der
Gouverneur von Westsibirien, Generallieutenant

Kasnakow, befindet sich hier auf Urlaub und geht
wieder nach seinem Gouvernement zurück. General
Galdenstube hat alters- und krankheitshalber um
Urlaub und Entlassung nachgesucht. General Biström
ist in den Kriegsrath versetzt, weil er älter ist als der
zum Generalgouverneur ernannte General Gurko.

Belgrad, 8. Mai. Der auf der Grundlage des
mit England abgeschlossenen Handelsvertrages
mit Italien vereinbarte provisorische Meißbegünsti-
gungsvertrag ist heute unterzeichnet worden.

Wien, 8. Mai abends. Meldungen der Poli-
tischen Correspondenz. Aus Konstantinopel vom
5. Mai: „General Obrutschew ist in Philippopol
eingetroffen. Die Pforte dürfte, wie verlautet, von
der Besetzung von Bourgas und Ichtiman vorläufig
Umgang nehmen.“ — Aus Tirnowa von heute:
„Die russischen Instruktionsoffiziere haben Befehl
erhalten, ohne Verzug bei ihren russischen Truppen-
körpern einzurücken. Diejenigen Offiziere, welche in
der bulgarischen Miliz verbleiben, scheiden aus dem
russischen Heere aus.“

Die Zoll- und Steuererlasse im Deutschen
Reichstage.

Berlin, 8. Mai. Am Bundesrathstisch: Präsi-
dent des Reichskanzleramtes Staatsminister Hofmann,
Königlich preussischer Staats- und Finanzminister Ho-
brecht, Geheimrath Liepmann, Burghart, bairischer
Ministerialrath Dr. Mayr.

Präsident Dr. v. Forckenbeck eröffnet die Sitzung
um 10 Uhr 40 Min. mit geschäftlichen Mittheilungen.
Eingegangen ist der mit Großbritannien abgeschlossene
Vertrag betreffend das Eintreten Deutschlands statt
Preussens in den Vertrag von 1851 betreffend die
Unterdrückung des Sklavenhandels.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfes über den
Zolltarif wird fortgesetzt.

Von den Abg. v. Benda, v. Bennigsen und Dr.
Baader ist folgendes Antrag betreffend die geschäftliche
Behandlung der wirtschaftlichen Vorlagen eingegangen:

- 1) Aus der Vorlage Nr. 132 (betreffend den Zolltarif)
die Pos. 25: Materialwaaren etc., und 29: Petroleum, einer
besonderen Commission von 28 Mitgliedern zur Vorbera-
thung zu überweisen; 2) die Vorlage Nr. 136 (die Besteue-
rung und Nachbesteuerung des Tabaks betreffend) einer
Commission von 21 Mitgliedern zur Vorprüfung zu über-
tragen; 3) einer weiteren Commission von 28 Mitgliedern
folgende Positionen des Zolltarifentwurfes zur Vorbera-
thung zu überweisen: Pos. 2: Baumwolle etc., Pos. 5:
Droguerien etc., Pos. 10: Glas etc., Pos. 21: Leder und
Ledertwaaren etc., Pos. 22: Leinwand etc., Pos. 30: Seide
und Seidenwaaren, Pos. 38: Thonwaaren etc., Pos. 41:
Wolle etc. Waaren; 4) alle übrigen Positionen des Tarifs,
die §§. 1-5, den Tarif betreffend, und die Vorlage Nr.
135 (wegen Erhebung und Erhöhung der Brausteuer) der
Beratung im Plenum ohne commissarische Vorberatung
vorzubehalten.

Das Wort nimmt heute zunächst Bevollmächtigter

zum Bundesrath, kaiserlicher Geh. Regierungsrath
Burghart:

Der Abg. Delbrück hat Einwürfe erhoben gegen den
Zolltarif, welche wesentlich seine innere Gestaltung betreffen,
und er hat sich dabei an die einzelnen Positionen der Reihe
nach angeschlossen. Die Regierungen sind nun bisher da-
von ausgegangen, daß sie eine Erörterung dieser zahlreichen
Specialfragen nicht im Rahmen der Generaldebatte vor-
nehmen sollten, sondern daß diese Erörterungen wesentlich
der Specialberatung vorbehalten bleiben müssen. Von
dieser ihrer Ansicht sind die verbündeten Regierungen in-
dessen zurückgekommen, weil sie einerseits sehen, daß diese
Einwendungen nicht bloß in der Presse, sondern auch in
diesem hohen Hause als Grundlage benutzt sind für sehr
weitgehende Beschuldigungen. Man hat den Regierungen
vorgeworfen, daß sie bei der Ausarbeitung des Zolltarifs
ohne eine Spur von Sachkenntniß vorgegangen seien; diese
sei allein bei den Gegnern des Entwurfes zu finden ge-
wesen. Auf solche schwerwiegende Anschuldigungen hat die
Regierung schon in der Generaldebatte für nöthig gehalten
zu antworten. Der Dr. Abg. Frhr. v. Barnbiller hat ja
bereits die Tariffcommission in Schutz genommen. Ich
beachte es von diesem Plage aus für meine Aufgabe, auch
auf die andern vom Abg. Delbrück vorgebrachten Einwen-
dungen zu antworten.

Er hat zuerst über die Baumwollzölle gesprochen, und
des weitern speciell über den Zoll auf baumwollene Fische-
reie. Ich schide voraus, daß diese bisher mit einem Zoll
von 3 M. belegt waren und nun auf 12 M. erhöht wer-
den sollen, daß ferner die Zölle für Roggen bisher ein-
heitlich auf 12 M. bemessen waren und daß sie fernerhin
sich in einer Scala von 12-39 M. abstufen sollen. Der
Abg. Delbrück hat dabei von einer Fabrik in Ipehoe ge-
sprochen, die unter sehr erschwerten Umständen existire und
nur dadurch mit dem Auslande concurrentfähig bleibe, daß
man ihr bei der Zollabfertigung alle möglichen Erleichter-
ungen gewähre und daß man von ihr nur Zoll erhebe für
bearbeitetes Garn, nicht für Rohproducte. Nun hätte man
erwarten sollen, daß Dr. Abg. Delbrück dieser Fabrik den
Untergang voraussetzen würde, wenn Roggarne verkauft
würden, aber er hat diese Folgerung nicht gezogen. In der
That besteht ja auch die Absicht nicht, und wo bleibt nun
die Wirkung des erhöhten Zolles auf Fischeereie? Daß
den „armen Fischern“ ihre Reue vertheuert werden, ja, das
ist eine Folge, die einmal vom Begriffe der Zollerrhöhung
untenbar ist, und gleichwol bedeutet der neue Zolltag
noch immerhin eine Erleichterung der Fischeereieinfuhr.
Denn es werden zu denselben nicht die niedrigen Garne
verwendet, sondern mittlere, die mindestens einen Durch-
schnittszoll von 24 M. tragen würden. Das ist also ein-
zweifelnd niedriger Satz, wenn man bedenkt, was das Garn
und die Reue an Werth haben.

Der Abg. Delbrück ist dann auf die Flaschen zu spre-
chen gekommen — er hat selbst anerkannt, daß dieses Bei-
spiel finanziell unbedeutend sei — er hat gesagt: „Ich will
mich berufen auf eine Petition, die dem Reichstage vor-
liegt und die eine, wenn Sie wollen, kleinliche Consequenz
des vorgeschlagenen Satzes darstellt. In Harburg ist ein
Mineralwasserfabrikant, der Geschäfte in Hamburg macht,
umgekehrt gibt es in Hamburg Mineralwasserfabrikanten,
die Geschäfte nach Harburg machen. Das Geschäft geht
dabei so wie überall: die gefüllten Flaschen werden hinge-
schickt, die leeren Flaschen kommen wieder zurück. Das war
bis jetzt ein ganz indolentes Geschäft. Später wird der har-
burger Sodawasserfabrikant für die zu ihm zurückkehrenden
Flaschen 3 M. bezahlen, dagegen, weil Mineralwasser in
Flaschen zollfrei eingeht, bezahlt der hamburgische Soda-
wasserfabrikant, der seine Waare nach Harburg schickt, nichts.
Ich erkenne an, es ist kleinlich dieses Beispiel, aber der-

Aus Dresden.

A. W. Dresden, im April. Eine recht ansprechende
Neuigkeit im Neustädter Hoftheater war das vieractige
Lustspiel „Die Junggesellensteuer“ von Julius Wolff.
Der Schwerpunkt des Stückes liegt nicht in pitanten
und überraschenden Verkettungen gewöhnlicher Vor-
gänge, sondern in einem gehaltvollen Dialog, der mo-
derne Gesellschaftsfragen und Mordelheiten einer
geistvollen Betrachtung unterwirft. Das unser Fa-
milienleben mehr störende wie fördernde Vereinswesen
ist mit Humor beleuchtet, religiöse Befangenheit da-
gegen nur sehr vorsichtig berührt; aber die freie Liebe,
deren Verfechterin ein ebenso liebenswürdiges wie geist-
reiches Fräulein ist, wird in taktvoller Weise theils
sogar mit dichterischem Schwung behandelt, sodas selbst
Uebertreibungen wie die Junggesellenwirthschaft eines
aber die maßten zerstreuten Professors mit seiner
Schwester nicht abstoßend wirken. Daß die Jung-
gesellensteuer ein mehr äußerlicher Anlaß zum Ver-
laufe der Handlung ist, nimmt dem Stücke etwas
vom Lobe, das es in geistiger Beziehung verdient. Im
letzten Act ist mit einem für ein Lustspiel seltenen
Erfolg gezeigt, wie die Macht wahrer Liebe alle vor-
genommenen Entschlüsse und reflectirende Bedenken ent-
scheidend zunichte macht, um dem Menschen die Fesseln
anzulegen, die er in Gedanken fürchtet, die aber größtent-
heils das alleinige Glück seines Lebens anmachen.
Das treffliche Spiel des Fr. Ulrich sowie der Herren
Dettmer, Jaffe, Bauer und aller übrigen Mitwirkenden
trug zum Erfolg entschieden bei. Eine zweite
Neuigkeit: „Singvogelchen“, Liederspiel in einem

Act von Jakobsen und verschiedenen Componisten, er-
wies sich als zu unbedeutend in Motiv und Ausführung,
als daß es einer Wiederholung werth gewesen
wäre. Dagegen übte Friedrich Haase als junger
Wallensfeld in Iffland's neuemstürbtem „Spieler“ in
zwei Vorstellungen die an ihm gewöhnliche Zugkraft aus,
zeigte aber, daß sein gebrochener Ton und der Hang
zu charakteristischer Detailmalerei an dem lebens-
frischen Mann nicht so glaubhaft werden, wie sie an-
dern von ihm vorgeführten Typen trefflich stehen. Der
alte Geheimrath Wallensfeld hätte ihm jedenfalls besser
zugehört.

Unbestrittenen Erfolg hatte die erste Wallüre
der Wagner'schen „Nibelungen“, Frau Wilt, als Donna
Anna im „Don Juan“. Macht der Stimme und
Kraft des Gemüths verbinden sich hier in seltener
Weise. Neueinstudirt, wenigstens mit neuen Decora-
tionen und zum ersten mal im neuen altstädter Hause,
war „Der Freischütz“. Die Wolfschucht bot kein ge-
steigertes Entsehen gegen früher und die Darstellung
zeigt im Personal nur einen andern Kaspar und Cre-
miten, und in den ersten zwei Aufführungen Frau
Hofmeister als Agathe.

Das diesjährige Palmsonntagconcert brachte die
„Missa solemnis“ von Beethoven, war aber nicht so
zahlreich wie in frühern Jahren besucht. Ueberhaupt
prägte sich die Uebersättigung an Kunstgenüssen auch
hier diesen Winter scharf aus, und man wird trotz
großer Stadt und angeblichem Bedürfnis alle künst-
lerischen Darbietungen rarer machen müssen, wenn sie
nicht ganz ihre Macht auf unsere Empfänglichkeit ein-
büßen sollen. Neuigkeiten haben fast keine Wirkung

mehr; niemand ist auf sie gespannt und nur das seit
dem Herbst wie geächtete Residenztheater hat durch
Hrn. Schweighofer's und Fr. Brendel's Gastspiel
einen Zulauf, als wäre die Theaterlust durch Schloß
und Kegel monatelang gehemmt gewesen. Costa's
„Ihr Corporal“ schafft jetzt Einnahmen, wie sie die
reflectirtesten Anstrengungen der Direction nicht zu
erringen vermöchten.

Unser geschätzter Hofchauspieler Dettmer hat schon
jetzt aus Gesundheitsrücksichten Urlaub nehmen müssen,
was dem Repertoire mancherlei Einschränkungen auf-
legen wird.

Der hiesige Tonkünstlerverein feierte unlängst sein
fünfundzwanzigjähriges Jubiläum.

Dr. Stroussberg vollendete soeben ein Werk, in dem
er die Vorzüge und die Nachteile europäischer Staatsver-
fassungen miteinander vergleicht. Man erzählt sich, daß
von ganz besonderm Interesse in diesem Werke dasjenige sei,
was Dr. Stroussberg über Rußland und über den Nihilis-
mus anführt und was auf Erfahrungen und Studien be-
gründet ist, die er in dieser Beziehung während seiner viel-
fachen Anwesenheit in Rußland vor jener Zeit, in der bei
ihm die Katastrophe eintrat, in der er in Moskau verhaftet
wurde, gemacht hat. Das Werk wird in Berlin im Verlage
der Firma Guttentag (Collin) erscheinen.

Am 26. Febr. ist aus dem Städtischen Museum zu
Odesa die ganze Sammlung orientalischer Mün-
zen entwendet worden, welche die dortige Historisch-
Archäologische Gesellschaft daselbst aufbewahrt. Die Sam-
mlung ist besonders reich an seltenen Münzen aus der Zeit
und war von dem verstorbenen deutschen Generalconsul
Dr. Blau in Odesa mit einem werthvollen wissenschaft-
lichen Katalog versehen worden.

a/s.
Koffgaa-Zu-
te der Hülle
nigen Kuren
Lande ebenso
Steinkohlen-
se es waren,
uffrankeiten
Kollen-Kuren
nützt werden
en sie nicht.
unbeschränkt
nach ihrem
nen Moß
ubrück.
R
Witten der
trane, das
mpföhlen.
torales
kheiten
agon.
t
stillweine
de nicht durch
t sind, finden
& Cie.
el.
anten.
er Art
nd zu den
ngen berech-
eau
andlung
ain.
gen entpre-
en.
hren in allen
unter Lieber-
stralien
abigee Häuser
in Sydney
Anmeldung
(1065)
N. & Co.
burg.
richten.
Carl Henn in
pe in Groß-
b in Glambou
r, geb. Schir-
b Ulrich in
Fu er in Mit-
nisch in Leip-
werdt.
Lärchau mit
reigen. — Fr.
in Döblich
us Reudnitz.
Oberpfannen-
— Dr. Paul
Fr. Helent
Ulrich in Leip-
berlehner Max
ein Sohn.
eine Topf-
ardi in Dre-
wig Roth
te Krüger in
or a. D. Fried-
redsen. — Dr.
helm Theodor
Johann Fried-
— Dr. Wul-
n Blauen.
eb. Waage, in
s in Leipzig

gleichen Dinge können sich unter andern Formen unzählig wiederholen."

Ja, meine Herren, wäre das richtig, dann wäre ein solcher Vorwurf allerdings im Stande, sowohl die Regierungen als die Tariscommission bloßzustellen; aber es ist nicht richtig. Es sind dem Taris „Vorbemerkungen“ vorgebrucht, und darin heißt es unter anderm, daß, wenn Häcker, Flaschen, Säcke u., die gefüllt ins Ausland gegangen sind, leer zurückkommen und ihre Identität feststeht, sie zollfrei eingehen sollen (Hört, hört!), ohne Rücksicht auf die Substanz, und darunter fallen grüne Selterwasserflaschen auch.

Dann hat Abg. Delbrück von Maschinen und besonders von kupfernen Druckwalzen gesprochen. Diese waren allerdings einem erheblichen Zoll unterworfen bis zum Inkrafttreten des französischen Handelsvertrags; durch diesen wurde der Zollsaß bedeutend herabgemindert, und 1870 haben die Regierungen autonom diesen Zoll aufgehoben. Der neue Entwurf hat die Druckwalzen wieder als Maschinentheile behandelt und demgemäß zollpflichtig gemacht. Abg. Delbrück sagt: „Meine Herren, es liegt dem Reichstage eine Anzahl Petitionen von Druckereibesitzern vor; es steht fest, daß die Druckwalzen nur aus England bezogen werden können, sie unterliegen daher auch in Frankreich nur einem niedrigen Zoll. Was nun aber das Argument aus dem Zustande vor Abschluß des Vertrags mit Frankreich betrifft, so ist es vollständig unrichtig. Allerdings waren nach dem Wortlaute des Tarifs die Kupferdruckwalzen dem Zoll von groben Kupferwaaren unterworfen, aber sämtliche beteiligte Zollvereinsregierungen, welche, wie ich glaube, das Interesse der Industrie besser wärdigten wie die Motive, ließen diese Kupferwalzen auf private Rechnung entweder zollfrei oder zur allgemeinen Eingangsabgabe ein. Auch vor dem französischen Zolltarif ist nicht eine einzige Kupferwalze tarifmäßig verzollt worden; das steht jetzt der Industrie bevor.“

Meine Herren, das ist alles unrichtig. (Hört, hört!) Denn erstlich ist nicht nur „nicht eine einzige Walze“ nicht verzollt worden, sondern sie sind alle verzollt worden; sodann zeigt die Statistik, daß die Walzen nicht aus England, sondern aus der Schweiz und aus Frankreich kommen.

Was die „niedrigen Zölle in Frankreich“ angeht, so besteht dort ein Zollsaß von 15 Frs. pro 100 Kilogramm, während Ihnen ein weit niedrigerer Satz, nämlich 8 M., vorgeschlagen wird. Die Tariscommission ist nicht leichtfertig vorgegangen bei der Festsetzung des Zollsaßes, sie hat sich in Verbindung gesetzt mit zuverlässigen und bedeutenden Fabrikanten. Ich versage es mir, auf das einzugehen, was der Abg. Delbrück über Kupfer und Kurzwaaren gesagt hat; die Herren werden sich selbst ein Urtheil bilden können, ob die zahlreichen Anschuldigungen gegen die Arbeit der Regierung thatsächlich zutreffend und begründet sind.

Ich komme nunmehr zu einem andern Felde, das ich nur höchst ungern betrete. Ich will nämlich zeigen, wie schwierig es an sich ist, auf dem Gebiete des Zolltarifwesens eine vergleichende Statistik herzustellen. Als der jetzt zur Debatte stehende Tarifentwurf im Druck erschienen war, bezieht sich der Verein zur Förderung der Handelsfreiheit, den Entwurf abdrucken zu lassen und ihm die heute geltenden Zollsaße gegenüberzustellen. Das ist ja eine verdienstvolle Arbeit. Eine Prüfung dieser Gegenüberstellung führt aber zur Entdeckung zahlreicher Unrichtigkeiten. (Hört, hört!) S. 25 in der Broschüre ist z. B. ein Zollsaß falsch angegeben mit 6 statt mit 24 M. (Hört, hört!); S. 32 der jetzige Zollsaß auf Kupfer auf 3 statt auf 42 M. angeführt; S. 38 wird der Zoll von Pelzwerk auf 66 statt auf 132 M. angenommen. (Hört, hört!) Wenn es nun diesem Vereine, der sehr sachkundige Mitglieder hat, bei einer verhältnißmäßig so kleinen Arbeit nicht möglich gewesen ist, so erhebliche Fehler zu vermeiden (Abg. Richter: Aber die officiellen Zahlen sind wol alle richtig?) — dann, meine Herren, möchte ich bitten, nicht an jedem kleinen Fehler, der sich etwa in den Arbeiten der Commission oder in der Statistik findet, einen allzu großen Anstoß nehmen zu wollen. (Beifall rechts.) Die Regierung glaubt nicht, etwas absolut Einwandfreies geliefert zu haben, das war namentlich bei der Kürze der Zeit nicht möglich; aber sie nimmt für sich in Anspruch, mit Eifer und Sorgfalt gearbeitet zu haben, und ist zugänglich für Verbesserungsanträge. Bei der Frage der projectirten Zollserhöhung liegt naturgemäß die Frage nahe, ob es möglich ist, an der Hand der bestehenden Gesetzesbestimmungen die neuen Zollsaße durchzuführen, und ob es möglich ist, die Exportindustrie lebensfähig zu erhalten.

Wenn gleichwol von dieser Stelle aus diese Frage noch nicht eingehender behandelt ist, so liegt das daran, daß der Tarif selbst lediglich das Maß der materiellen Zollbelastung festzustellen hat, und daß daneben eine Zollgesetzgebung existiren muß, welche die Formen regelt, unter denen dieser Tarif durchführbar ist. Die Regierung hat auch die Frage nicht außer Acht gelassen, ob zur Durchführung des Tarifs die geltenden Vorschriften des Zollgesetzes von 1869 ausreichen würden. Die Regierung hält es aber zur Zeit nicht für ihre Aufgabe, eine Erweiterung oder Einengung der Schranken dieses Gesetzes zu beantragen. Es ist bisher stets der Regierung das Vertrauen geschenkt worden, daß sie selbständig die Formen festzustellen hatte, nach denen dieses Princip hinsichtlich des Verordnungsverfahrens u. durchgeföhrt werden sollte. Die Art der Identitätscontrole war schon bisher eine sehr mannichfache; Siegelverschluß, amtliche Begleitung, Steueraufsicht, eine Art Selbstcontrole u., alles in den gesetzlichen Schranken. Aber die Regierung weiß das Verlangen der Industrie als unberechtigt zurück, an die Stelle des Princip der Identität das des äquivalenten Wertes zu setzen. Selbst in Frankreich, wo das System der titres d'aquits-a-caution so sehr ausgebildet ist, hat sich das Princip der Äquivalente nur eine untergeordnete Bedeutung zu verschaffen gewußt. Für uns bedeutet es eine Herabminderung der Eingangsätze in dem Maße, wie eben ein solcher Waarenumsatz stattfindet; für die Textilindustrie würde es die Eingangsätze vielleicht ganz aufheben. Das aber darf ich zum Schluß versichern, daß namentlich die Identitätscontrole mit möglichster Schonung und Erleichterung durchgeführt werden soll; im allgemeinen aber sind die veränderten Regierungen nicht geneigt, von dem bisherigen Princip abzuweichen, und ich bitte das hohe Haus, an diesem Princip festzuhalten. (Beifall.)

Abg. Dr. Lasker:

Ich will nicht auf die Entwicklungen des Herrn Vorredners eingehen, es wird sich noch Gelegenheit bieten, die

Frage der Vergütung eingehend zu erörtern. Indeß wird es dem Hause nicht entgangen sein, daß innerhalb derselben Partei Kollegen im Hause ganz entgegengelegte Ansichten vertreten. Schon Hr. v. Walzahn trat gegen die Resolutions des Hrn. v. Minnigerode ein, ich werde freilich nicht am Schlusse meiner Rede mich gegen das erklären, was ich bekräftigt und für das, was ich bekämpft habe. Hr. v. Bennigsen hat gesagt, und ich stimme ihm darin bei, daß die englischen Kornzölle sich nicht mit den unsern vergleichen lassen, aber immerhin muß man aus der Geschichte lernen, und aus der Geschichte der Kornzölle nicht bloß, sondern aus der Geschichte unserer ganzen Zollpolitik haben wir zu lernen, nicht auf die Worte des Meisters zu schwören, zumal sich nachweisen läßt, daß seine Behauptungen unrichtig sind, daß er Fehler auf Fehler gemacht hat.

Von wem ist der Plan der Ermäßigung der Eisenzölle ausgegangen? Nicht von den Freihändlern, sondern von der Regierung! Zu wessen Gunsten ist die Vorlage gemacht worden? Zu Gunsten der Landwirtschaft! Man wirft den Freihändlern vor, daß sie den Antrag auf Einsetzung einer Enquete zurückgewiesen haben, aber warum haben sie das getan? Weil die Regierung und speciell Herr Minister Hofmann den Antrag bekämpfte. Ich bin auch heute der Ansicht, daß das Einsetzen einer Enquetecommission über Industriezölle ein großer Fehler wäre, nur die Rühmlichsten würden sich vordrängen und unberechtigter mit berechtigten Wünschen durchsetzen. Aber für Specialenqueten sind wir eingetreten, und es sind drei solche Commissionen niedergesetzt worden: für Tabak, Baumwolle und Eisen. Die beiden ersten haben mit gutem Erfolge gearbeitet, bezüglich der letztern will ich mich des Urtheils enthalten. Wir haben ja auch den Nothfrei der Eisenindustrie, dem sich noch die Eisenhändler in letzter Zeit angeschlossen, gehört, und wenn ich mich von der Wahrheit der Nothlage und ebenso davon überzeuge, daß hohe Zölle diesem Nothstande abhelfen, dann will ich für dieselben eintreten. Aber Mitglieder der Zweihunderndvier, der bekannten Freien volkswirtschaftlichen Vereinigung, haben mir offen erklärt, daß sie dieser Ansicht nicht sind, daß sie von der Einführung hoher Zölle vielmehr nur eine moralische Wirkung erwarten.

Was übrigens das Eintreten des Handelsstandes anlangt, so muß man mit dem Abwägen des Wertes solcher Arbeiten sehr vorsichtig sein, und es ist sehr leicht, das öffentliche Gefühl von den angeblich unparteiischen Quellen auf seinen wahren Werth zurückzuführen. Ein Beispiel aus Berlin will ich Ihnen anführen. Die hiesige Disconto-Gesellschaft ist in der letzten Zeit eifrig schutzlosenerisch. Und warum? Sie ist im Besitze von 15 Mill. Bergwerksactien, und ich glaube, daß Leute, welche Mitglieder des Verwaltungsraths sind, nicht gerade als unbefangene und unparteiische Autoritäten zu bezeichnen sind. Die Schutzollbewegung ist nun da, und viele wollen für alle Schutzölle stimmen, obwohl sie dieselben weder für nötig noch für gut halten. Viele im Hause haben mir gesagt, ja die Eisenzölle sind nicht ohne landwirtschaftliche Zölle zu haben, also nehmen wir sie mit in den Kauf. Ebenso stimmen die Landwirthe für Eisenzölle, weil sie ohne deren Bewilligung ihre eigenen Zölle nicht erlangen können. Eine Ausnahme liegt nur vor, wenn die Interessen des Eisens und der Landwirtschaft in einer Person vereinigt sind.

Als der Brief des Fürsten Bismarck vom 15. Dec. 1878 publicirt wurde, erkannten die meisten heutigen Anhänger des Tarifs an, daß die Idee in solcher Gestalt unannehmbar sei und durchaus ein modifizirendes Compromiß zu ihrer Durchführung zu Stande kommen müsse. Und doch war der damalige Plan lange nicht so weitgehend. Der Hauptgedanke des Briefs, sämtliche Industrien im Interesse einer ausgeglichenen Gerechtigkeit gleichmäßig zu besteuern, ist von der Tariscommission aufgegeben, auf der andern Seite ist man über den Gedanken des Kanzlers in der Erhöhung weit hinausgegangen. Dabei erkenne ich an, daß man oft mäßig vorgegangen ist, und die ganz vortreffliche Rede des Abg. v. Barnüller gewährt mir auch die Ueberzeugung, daß man auch heute noch bereit ist, noch weitere Ermäßigungen eintreten zu lassen. Ich mache aber der ganzen Tarisvorlage den Vorwurf, daß sie mit übermäßiger Hast gearbeitet ist, daß ihr die Sachkenntniß abgeht. Ich halte es für die Gewissenspflicht jedes Abgeordneten, die vielen Petitionen, die eingegangen sind, eingehend zu studiren. Die Regierung hat entweder dieses Material gar nicht gekannt, oder es uns verschwiegen. Auch die Vorwürfe des Abg. Delbrück sind bis auf ein paar nebensächliche Punkte nicht widerlegt und die kleinen Scherze des heutigen Regierungscommissars treten ganz zurück gegen die große Unkenntniß und Oberflächlichkeit der Motive. Der bedeutendste Vertreter der Regierungsvorlage — als solchen sehe ich Hrn. v. Barnüller an, denn die andern Herren am Regierungstisch haben nur Unbedeutendes vorgebracht — gibt zu, daß bei der Vorlage gefehlt worden ist. Wir müssen also die Fehler so gut als möglich verbessern. Unsere Pflicht ist es, den Tarif gründlich umzuarbeiten und hier zu arbeiten mit Aufopferung unserer Vabergelt. Das Volk verlangt es von uns und hat ein Recht zu dieser Forderung. Ja, traurig genug, einzelne Organe der Presse, die ganz besonders die Regierung vertreten, wagten es, die Parole auszugeben, der Tarif müsse im Plenum beraten werden. Nun, gibt es heute noch jemand im Hause, der diese Forderung zu vertreten wagt?

Die Frage der landwirtschaftlichen Zölle wird hüben und drüben am besten begriffen, wenn man vom Getreidezoll anfängt, obgleich die Holz- und Viehzölle noch bedeutend wichtiger und eingreifender sind. Die Steuer auf Schmalz z. B. trifft gerade die niederen Klassen in ganz ungeheurer Weise. Wer nun aber bisher der Meinung war, daß es sich bei diesen Zöllen nur darum handle, der Landwirtschaft zu helfen, ohne den Consumenten zu drücken, der ist durch den eben publicirten Briefwechsel des Fürsten Bismarck mit Hrn. v. Thüngen doch wol eines andern belehrt. Hier in der Antwort des Reichskanzlers findet man völlig das Programm der Agrarier in seiner agitatorischen Bedeutung wieder. Diese Coalition zum Zwecke der Schutzölle zwischen der Landwirtschaft und Industrie wird nicht über diese Session hinausdauern, dann wird die Landwirtschaft kommen, unterstützt durch die ganze Macht und Autorität des Reichskanzlers, und wird ihre Rechnung aufmachen, und Fürst Bismarck wird den von sich acceptirten und an Hrn. v. Thüngen inoffiziellen Wechsel einzulösen haben. Hr. v. Bennigsen sagt, man möge doch die Vorlage nicht so „trübselig“ auffassen. „Ja,“ daß die Welt unter-

gehen wird nach ihrer Annahme glaube ich auch nicht, und das deutsche Volk ist zudem an schlechte Gesetze gar sehr gewöhnt.

Das Traurige an der ganzen Bewegung ist, daß ein Krieg zwischen Landwirtschaft und Industrie, zwischen Stadt und Land heraufbeschworen wird. Ich bin nach meiner Lebensstellung und nach meiner Stellung im Hause wirklich unparteiisch, und halte es für ein großes Unglück, daß diese Wunden wieder aufgerissen werden sollen, von denen wir längst glaubten, daß sie geheilt seien. Dieser Kampf ist kein wirtschaftlicher mehr, er muß auf dem politischen Gebiete ausgetragen werden. Und es ist mir darum unbegreiflich, wie man da leichten Herzens für ein Compromiß eintreten kann, ohne von der unbedingten Nothwendigkeit der Vorlage überzeugt zu sein. Die Landwirtschaft ist entschieden für den Schutz Zoll nicht geeignet, und auch Hr. v. Bennigsen sagt, sie werde durch den Zoll nicht geschützt und befördert; aber wenn er für Getreidezoll ist, will er diesen Zoll etwa als Finanzzoll bewilligen? Ich stehe dem Schutz Zoll nicht etwa absolut feindselig gegenüber, ja ich will ihn gern bewilligen, wenn die Industrie durch ihn gehoben werden kann, wir haben ja auch zur Hebung der inländischen Zuckerindustrie ganz bedeutende Opfer gebracht. Und als das Compromiß wegen Erhöhung der Eisenzölle zu Stande kam, da erklärten auch die Herren Stumm, Dr. Hammacher u.: Ja, wir wollen diesen besonderen Schutz nur auf drei Jahre und dann die Kräfte fortwerfen. Nun, wie steht es jetzt damit? Niemandem wollen wir Schutzölle bewilligen, um ganze Industrien dadurch zu ermöglichen, wenn sie außerdem durchaus nicht lebensfähig sind. Ich gebe ja zu, daß die Landwirtschaft Noth leidet, und wir wollen ihr auch gern helfen; aber diesen verkehrten Weg, welcher vorgeschlagen wird, wollen wir nicht gehen. Fürst Bismarck sagt, die Schutzölle sollen der Landwirtschaft gewährt und ihre Steuern alle erlassen werden. Der Reichskanzler hat dabei zunächst immer Preußen im Auge. Das scheint mir denn doch keine nationale, sondern eine particulare Politik zu sein. Vor allem aber muß ich dringend davor warnen, die Angaben des Fürsten Bismarck über die landwirtschaftlichen Verhältnisse Preußens, die er am Freitag gemacht hat, für richtig zu halten.

Hr. Liebenmann hat dann eine Rede gehalten, welche nicht weiter enthielt als ein Verzeichniß von Substationen. Ich bin in der Lage, aus verschiedenen Kreisen nachzuweisen, daß die städtischen Substationen proportionell zahlreicher sind. Fürst Bismarck behauptet, die Landwirtschaft zähle im Minimum 10 Proc. ihres Ertrages an Staatssteuern, 20 Proc. der Communalsteuern, bei Verschuldung sogar 40, nicht selten 60 Proc. An der Gebäudesteuer will ich zeigen, wie wenig zuverlässig (Hört, hört!) Fürst Bismarck's Angaben in Bezug auf sein Heimatsland Preußen sind und wie er die preussischen Gesetze nicht kennt. (Unruhe.) Er sagt, die Gebäudesteuer auf dem Lande betrage 2—5 Proc. In Wirklichkeit beträgt sie gar nichts. Ausdrücklich ist in Gesetze gesagt, daß landwirtschaftliche Gebäude gar keine Steuern zahlen, Fürst Bismarck will dem nothwendigen Grundbesitz in Preußen aufhelfen dadurch, daß die nothwendigsten Lebensbedürfnisse verteuert werden. Und seine unrichtigen Angaben sollen zur Grundlage einer Finanzreform für das Reich dienen! Ich kann nur wiederholen, die Angaben des höchsten Staatsbeamten, des höchsten Reichsbeamten sind ganz unzuverlässig (Unruhe), und es könnte keinen größeren Fehler geben, als auf der Grundlage dieser Angaben eine Finanzreform in acht Wochen auszuarbeiten.

Was das Finanzprogramm des Fürsten Bismarck anlangt, so will er 140 Mill. directe Steuern abschaffen und noch das preussische Deficit decken. Hr. Gobrecht hat dies schon offen für unmöglich erklärt, und wenn er auch das Wort „Zukunftsmusik“ im stenographischen Berichte gesprochen hat, sind wir ihm für seine Offenheit doch dankbar. Preußen würde nicht einmal ausreichen mit den aus dieser Reform sich ergebenden Erträgen, und das Reich würde nichts davon haben. Also auch in dieser Beziehung zeigt sich Fürst Bismarck sehr im Irrthum. Der Herr Reichskanzler ist aber der einzige verantwortliche und der mächtigste Vertreter der Regierung. Und er hat den Satz angestellt: „Abschaffung der directen und dafür Ersatz durch indirecte Steuern.“ Dieser Politik kann ich durchaus nicht zustimmen. Ich würde kein größeres Unglück kennen für Deutschland als die Befolgung dieser Principien. Es scheint mir, daß die Unterdrückung der untersten populären Bewegung das Gefühl für die Verantwortlichkeit und Gefahr solchen Vorgehens zu sehr abgekumpft hat. Das kann doch niemand mitmachen wollen, die Besitzenden auf Kosten Beschloßter zu entlasten. Selbst wenn man den niedrigsten Maßstab anlegt, kommt man auf mehr denn 200 Mill. indirecter Steuern; ein Mangel an solchen kann also kaum beklagt werden; es ist ja auch dafür gesorgt, daß die breite Masse des Volkes ihren reichlichen Antheil daran hat. Wenn angenommen wird, daß 3 Proc. an Einkommensteuer bezahlt wird, so ist ja öffentliches Geheimniß, daß in vielen Gegenden mindestens die Hälfte der Steuern nicht gezahlt wird. (Widerpruch.) Gewisse Gemeinden haben für Gemeinde- und Staatssteuern ganz verschiedene Maßstäbe, und so verlieren auch die 3—500 Proc. Zuschläge zur Einkommensteuer, die von manchen Gemeinden erhoben werden, alles Abschreckende, denn die eigentlichen Summen sind ja nicht bekannt. Nach meiner Meinung würde die Einkommensteuer so zu reformiren sein, daß man durch Zugleichung aller Steuerpflichtigen die Mittel gewinnt, die überbürdeten Klassen zu entlasten. Die indirecten Steuern vermehren, hieße die Ungleichheit beibehalten und verschärfen. (Auf: Woch!) Ein Herr ruft: Woch! Ich glaube dennoch, daß die Geschichte für die Wahrheit des Gesagten Zeugniß ablegt.

Präsident v. Fordenbed: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen. Ich erkläre offen, daß, wenn ich den Ruf gehört und den Urheber erfahren hätte, ich denselben mit einem Ordnungsrufe gerügt haben würde!

Abg. Dr. Lasker:

Wir dürfen nicht an eine Ueberschusspolitik denken, überhaupt auch nicht daran denken, mit dem ganzen Steuerreformplane in diesem Jahre zu Ende zu kommen. Die Landwirtschaft wird ja, wenn auch noch nicht in diesem Jahre, obwohl ja die Todten schnell reiten, so doch in der nächsten Session mit höhern Forderungen kommen, die viertheil ist ja nur provisorisch von Herrn v. Bennigsen zurückgewiesen worden, auch die Einkommensteuer wird man

nicht ruhen bei auf Abre man nicht belegen soll. Arm in Ar daß unter E zweiden ein gelegt werde einnahmen n Teil an sch nlichsten k ausgaben z Steuern z äußersten e brauch; Erloy der A bewilligen. der Einzelst ularbeiträge was seinem A werfen, de Bier, der A sind doch u sich durch b bewegt sich, Deficit der also eine P Finanzminif daß ich no minister gek würden die war freilich Bon dem zunächst den die Tabakste lebigt zu sch fürchte sehr, zuletzt ein T cipiell scheld ich ganz ab, jelle aus de dürftig daß! Garantien in sächlicher art ist kein die nothwen zusammen f werden; die sen dann de werden. Fi voll entschei bestimmt; o weiß ich ni Frage nicht um Verhältn eine patrioti Reichsanle das größte i sch hier der Say von de weil sie ein strömungen Finanzreform sungsmaßstä das würde e sein! (Beif

auch nicht, und
beide gar sehr
ist, daß ein
Industrie, zwischen
Ich bin nach
großes Unglück,
sollen, von
sein. Dieser
auf dem
es ist mir
erzogen für ein
bedingten Roth-
Die Landwirth-
geeignet, und
den Zoll nicht
Getreidezoll ist
wichtigen? Ich
ndfelig gegen-
die Industrie
so auch zur
ung bedeutende
gegen Erhöhung
die Herr
den diesen be-
an die Kräfte
Niemand wollte
stufen dadurch
nicht lebena-
thätigkeit Roth
; aber diesen
, wollen wir
alle sollen die
alle erlassen
ndst immer
keine nation-
Vor allem
Angaben des
Verhältnisse
für richtig zu
halten, welche
ubstationen.
nachzuweisen,
nd zahlreicher
thätigkeit zahl-
Staatssteuern,
ildung sogar
steuer will ich
ismarck's An-
hen sind und
Anruhe.) Er
2-3 Proc.
ellisch ist im-
nde gar kein
nothwendigen
daß die noth-
en. Und sein
einer Finanz-
wiederholtes,
höfsten Reich-
nd es könne
ausgabe dieser
arbeiten. Bismarck
anbischen und
recht hat die
er auch das
die geführte
ntbar. Preu-
us dieser Re-
Reich würde
ziehung zeigt
Der Reichs-
nd der näch-
den Sag auf-
Erfolg durch
urchaus nicht
kennen für
ncipien. Es
en populären
keit und Ge-
t. Das kann
auf Kosten
n niedrigen
n 200 Mill.
en also kaum
daß die breite
daran hat.
kommensteuer
daß in vielen
nicht gezahlt
ben für Ge-
kafte, und
zur Einkom-
ben werden,
men sind ja
die Einkom-
ch Beziehung
überbildet
ern vermeh-
verschärfen.
ude dennoch
ten Zeugniß
brechen. Ich
nd den Ur-
Ordnung
enken, über-
gen Steuer-
men. Die
ich in diesem
doch in der
ommen, die
eausigen
werd-ma

nicht ruhen lassen (Aha! rechts) und Sie werden mich da-
bei auf Ihrer Seite finden; ferner schwebt die Frage, ob
man nicht die heimischen Papiere mit einer Stempelsteuer
bellegen soll. Ich meine auch, daß Bier und Branntwein
Arm in Arm spazieren müssen (Widerpruch rechts) und
daß unter Steuerfreiheit für den Spiritus zu gewerblichen
Zwecken eine sehr viel größere Steuer auf Trinkschüsseln
gelegt werde. (Beifall.) Durch alle diese Zukunftsme-
geleitet werden Sie dazu gedrängt, weil Sie sich zum
einnehmen werden Sie überflüssig haben, entweder die
Teil an schlechten Steuern überflüssig haben, entweder die
nützlichsten Objecte unberührt stehen zu lassen oder Luxus-
ausgaben zu machen oder zur Vernichtung der directen
Steuern zu schreiten. Niemals, auch nicht als Punkt der
äußersten Opposition, werde ich dem Reiche versagen, was
es braucht, ich werde aber nur dazu mich verstehen, den
Erfolg der Matricularbeiträge durch passende Steuern zu
ermöglichen. Eine Ueberflüssigkeit der Finanzen der einzel-
nen Einzelstaaten ebenso wie eine Wirthschaft mit Matricu-
larbeiträgen. Zu der letztern gehört nun zufällig manches,
was seinem Charakter nach nicht Matricularbeiträge ist. Die
Verfahren, den Baiern an das Reich zu zahlen für
Bier, der Beitrag Württembergs für die Postverwaltung
sind doch nicht Matricularbeiträge. Dieselben ermäßigten
sich durch diese Abzüge auf 65 Mill., und glücklicherweise
bewegt sich, vielleicht mit Ausnahme Württembergs, das
Deficit der Staaten innerhalb ihres Matricularbeitrages;
die Aufbringung dieser Summe durch Reichssteuern würde
also eine Lösung der Frage sein, wie selbst der fiscalischste
Finanzminister nicht besser wünschen könnte. Ich sage hinzu,
daß ich noch vor kurzem von dem preussischen Finanz-
minister gehört, daß er nicht glaube, die Bewilligungen
würden die Höhe der Matricularbeiträge erreichen. Das
war freilich vor einiger Zeit. (Heiterkeit.)
Von den zur Aufbringung geeigneten Objecten habe ich
zunächst den Tabak hervor; ich habe den lebhaftesten Wunsch,
die Tabaksteuerfrage noch in dieser Session betriebend er-
scheitern zu sehen. Vom Tabak muß ich freilich absehen; ich
fürchte sehr, daß auch bei der unbefangenen Würdigung
julezt ein Tarif zu Stande kommt, von dem ich mich prin-
cipiell scheiden muß. Die landwirthschaftlichen Zölle lehne
ich ganz ab, hoffe aber noch, daß sich die eigentlichen Finanz-
zölle aus dem Tarif eliminiren lassen werden, da kein Be-
dürfniß dafür vorhanden ist. Was nun die constitutionellen
Garantien betrifft, so sind für mich Scheingarantien ge-
schäftlicher als gar keine. Jede bloße Rechnungsmanipulation
ist kein Einnahmewilligungsgesetz, sondern es müssen
die nothwendigen Ausgaben von Regierung und Reichstag
zusammen festgestellt und danach die Einnahmen bemessen
werden; die in die Reichskasse gestossenen Ueberschüsse müs-
sen dann dem Volke in Gestalt von Erlassen zurückgegeben
werden. Für mich ist ein Ja oder Nein auf diese Frage
voll entscheidend und mein Votum über den Tarif dadurch
bestimmt; ob ich auf diesem Wege Mitwirken finden werde,
weiß ich nicht. Es handelt sich ja bei dieser selbstbewegenden
Frage nicht mehr um Verhandlungen mit Gegnern, sondern
um Verständigung mit Kameraden, insofern ist es für mich
eine patriotische Freude und ein Trost, eine Partei mit dem
Reichskanzler veredelt zu sehen, die bisher in seiner Person
das größte Hinderniß zu erblicken gewohnt war; es bewährt
sich hier der bisher von mir nicht ganz verstandene Pöge'sche
Satz von der Pflanz der Idee. Erfreulich ist diese Einigung,
weil sie einen Sieg des Reichsgedankens gegenüber Partei-
strömungen bedeutet. Aber es ist nicht wohlgethan, die
Finanzreform des deutschen Reiches auf Kosten der ver-
fassungsmäßigen Rechte des Volkes zu Stande zu bringen,
das würde ein schwerer Rückschritt in unserer Entwicklung
sein! (Beifall links.)
Abg. Richter-Hagen erucht den Präsidenten, fest-
stellen zu lassen, ob der Finanzminister Hübner wirk-
lich das Wort „Zukunftsmusik“ aus dem Stenogramm
seiner Rede gestrichen habe.
Präsident Dr. v. Jordanbeck bittet, die Angelegen-
heit der Commission des Gesamtvorstandes für die
stenographischen Berichte zu überlassen, die die nöthigen
Ermittelungen anstellen werde.
Während der Rede des Abg. Lasker ist der Reichs-
kanzler Fürst v. Bismarck in das Haus eingetreten.
Präsident des Reichskanzleramtes Staatsminister
Hofmann:
Der bisherige Gang der Verhandlungen berechtigt zur
hoffnung auf eine Verständigung zwischen der Majorität
dieses hohen Hauses und der Regierung. Die Rede des
Abg. Lasker hat mich in dieser Hinsicht nicht erschüttert,
und ich glaube, nicht bloß, weil er sich als Vertreter einer
Minorität gerirt hat, sondern ich folgere das auch aus dem
Inhalte seiner Rede. In einer Zeit wie heute, wenn eine
große Umgestaltung der Gesetzgebung finanzpolitisch und
volkswirthschaftlich nothwendig ist und alle Verhältnisse zu
einer Reform drängen, da trägt der den Sieg davon, der
mit einem positiven Reformprogramm austritt. Was Dr.
Lasker sagt, war wesentlich eine negative Kritik des posi-
tiven Regierungsprogramms, dessen Grundsätze neulich hier
der Herr Reichskanzler entwickelt hat. Abg. Lasker will
keine Finanzreform, die über die Abschaffung der Matricu-
larbeiträge hinausgeht. Verschiedenen deutschen Staaten
wäre aber, wenn wir auf diesem Wege stehen blieben, nicht
geholfen. Der Abg. Lasker hat ja von „kleinen Scherzen“
gesprochen, die sich der Herr Regierungskommissar heute
erlaubt habe, gerade wie er vor nicht langer Zeit bei mir
den „moralischen Ernst“ vermiste. Ich möchte Herrn Abg.
Lasker doch bitten, auch seinerseits einmal von mir eine
kleine moralische Lektion anzunehmen. Es ist nicht schön,
wenn ein Mann von der großen Ueberlegenheit, wie Dr.
Lasker den Männern der Regierung gegenüber besitzt oder
zu besitzen glaubt (Heiterkeit), wenn der diese Ueberlegenheit
in so scharfer Weise geltend macht. Eine ruhige objective
Behandlung der Dinge leidet darunter, und ich bitte ihn,
von dieser Ueberlegenheit nicht diesen verletzenden Gebrauch
zu machen. (Beifall rechts.) Wenn sich Dr. Lasker von
dem Gefühl dieser Ueberlegenheit weniger beherrschen ließe,
so würde er vielleicht auch unterlassen haben, zu sagen, daß
der Herr Reichskanzler die preussische Gebäudesteuergesetz-
gebung nicht kennt. (Sehr wahr!)Wenn Abg. Lasker sich auf verschiedene Petitionen be-
ruhen hat, so erinnere ich daran: es gibt doch hier einen
Kampf der verschiedensten Interessen zwischen Küstenern
und Binnenland, Handel, Landwirthschaft, Schifffahrt und

Industrie, und ich bemerke: Alle, die mit den Intentionen
des Entwurfs einverstanden sind, haben keinen Anlaß,
Petitionen an den Reichstag zu schicken, man darf also aus
der Zahl der Petitionen nicht die Zahl der Zufriedenen
und der Unzufriedenen zu ermitteln suchen. Unsere deutsche
Zollpolitik muß in erster Reihe den Grundsatz festhalten,
daß die innere Production gehoben werde. Erst wenn wir
mehr produciren als consumiren, kommt der Export dieses
Ueberschusses in Frage. Darin liegt nicht eine Unter-
schätzung des Exports. Was sollen wir sonst mit der Clausel
der meistbegünstigten Nation in unsern Handelsverträgen,
und wie hätten wir sonst erst in diesen Tagen von Ihnen
200000 M. für die Weltausstellung in Sydney fordern
können? In dritter Linie steht dann erst der billige Kauf.
Durch den billigen Kauf wird die Nation nicht reich, das
ist kein Erwerb, deshalb müssen wir bei der Bemessung der
Zollsätze zunächst die heimische Production berücksichtigen
und dann erst den Export. Unter diesen Gesichtspunkten,
hoffe ich, wird sich eine Verständigung erreichen lassen, die
für die künftige Entwicklung der Nation von Segen sein
wird. Und wenn nach dieser Reform Handel und Wandel
wieder zunehmen, die Erwerbsthätigkeit sich hebt — dann,
meine Herren, wollen wir den Gegnern der Reform gern
den Triumph gönnen, daß sie sagen: Nicht weil, sondern
obgleich! (Beifall.)
Reichskanzler Fürst v. Bismarck:
Meine Herren! Noch heute früh hatte ich nicht die Ab-
sicht, in dieser allgemeinen Beratung abermals zu sprechen,
weil meine Ueberzeugung und auch die, wie ich denke, die
Mehrzahl der Zuhörer nicht erschüttert worden ist durch die
vorgebrachten Gegenargumente und auch nicht durch die,
welche gegen meine Person selbst zugesagt waren. (Oho!
links.) Ja, Ihr Oho! berührt mich weiter nicht; ich glaube,
da, wo eben Oho! gerufen wird, sind auch die Demonstra-
tionen gegen mich zu Hause, aber durch diese Art der Gegen-
beweisführung wird eine Verständigung nicht gefördert. Ich
hätte auch darauf nicht so sehr viel Werth gelegt, weil ich
es der Welt überlasse, ob sie über meinen Verstand und
mein Urtheil etwas glücklicher oder unglücklicher denken will,
und ob sie ihr Urtheil über mich von meinen politischen
Gegnern hernehmen will. Ich bin ja in der Presse mit
einem solchen Maße von groben Ehrenkränkungen, lägen-
haften Verleumdungen überhäuft worden, daß ich dagegen
sehr abgehärtet bin. (Rufe aus der Fortschrittspartei:
Strafanträge!) Hier im Reichstage kommt ja dergleichen
nicht vor (Heiterkeit), aber auch gegen Ihre minder wohl-
wollende Kritik bin ich abgehärtet. Ich würde heute mich
nicht zum Worte gemeldet haben, wenn mir nicht gemeldet
worden wäre, daß der Abg. Lasker über mich verschiedene
Bemerkungen gemacht hat, mit einer Gesinnung zwar, die
ich ja kenne und zu schätzen weiß (Heiterkeit), die aber doch
einigermaßen Verstimmung aufzuweisen hat.
Aus dieser Verstimmung nehme ich schon immer einen
günstigen Maßstab für meine Politik, und so könnte dieses
Symptom mich beruhigen, wenn mich nicht meine persön-
liche Vorliebe gegen einen so langjährigen Gegner zwänge,
einiges richtig zu stellen. Mein Schriftwechsel mit Herrn
v. Tölgern soll nach der Ansicht des Herrn Lasker alles
überboten haben, was je an agrarischer Extravaganz ge-
leistet sei. Ist das nicht vielleicht selbst eine kleine orato-
rische Extravaganz? Ich hätte mich berechtigt und ver-
pflichtet, Stellung zu nehmen zu den Fragen der Zeit, die
Nation muß wissen, wie ich über die einzelnen brennenden
Fragen denke, und ich habe keinen Grund, meine Ansicht
zu verbergen. Ich habe mich ausgesprochen über die Ver-
nachlässigung der landwirthschaftlichen Interessen und ge-
sagt, daß ich unter Umständen eine viel höhere Vergütung
der landwirthschaftlichen Producte gewünscht hätte, die über-
gens für das Getreide nicht sehr viel höher sein sollte. Ich
überlasse das der Specialdebatte über die Getreidezölle.
Wenn aber der genannte Correspondent zu mir spricht im
Namen von 11000 Kleingrundbesitzern und ich ihm dann
Rede stehe über meine Motive, so ist früher so etwas nie
angefochten worden, und gerade Dr. Lasker als Jurist sollte
wissen, daß man kein Urtheil geben darf ohne Gründe.
Bei einem Minister muß man es doch schätzen, wenn er
nicht zugestimmt ist, was es sich um wichtige Interessen des
Landes handelt, und man sollte das nicht bezeichnen als
agrarisches Extravaganz und als eine Erregung von Krieg
zwischen Stadt und Land.
Ueberhaupt gebe ich Herrn Lasker zu erwägen, daß ich
neulich viel weniger gesprochen habe von der Landwirthschaft
als von dem Grundbesitz in der Stadt, nicht weniger als
auf dem Lande, denn beide sind in gleichem Maße betheili-
gt. Da könnte ich, wenn ich wollte, zu Herrn Lasker ebenso
gut sagen, er vertritt die Finanzpolitik der Besitzlosen, die
bei Anwendung eines Gesetzes immer die Mehrheit bilden,
von denen die Schrift sagt: Sie nähen nicht, sie spinnen
nicht etc., doch sind sie geliebt — ich will nicht sagen wie.
(Heiterkeit.) Es bilden ja auch in den Parlamenten die die
Mehrheit, die weder in der Landwirthschaft noch in einem
industriellen Gewerbe arbeiten, sondern nur damit beschäf-
tigt sind, das ganze Jahr das Volk zu vertreten. Diese
Herren verlieren gar zu leicht das Mitgefühl für die In-
teressen, die einem Minister, der auch zu den Grundbesitzern,
zu der misera plebs gehört, welche von der Ausführung
der Gesetze getroffen wird, der mitregiert wird, sehr nahe
liegen, wenn es selbst im eigenen Interesse ist; in der
Presse habe ich ja ziemlich rohe Ausbeutungen gelesen, auf
die zu antworten ich unter meiner Würde halte. Machen
doch die Herren sich das klar, daß die Gesetzesvorlagen in
den Ministerialstadien nothwendig die Farbe der Theorie
und der Bureaucratie tragen müssen, wenn nicht einiger-
maßen von diesem Gesichtspunkt des praktischen Lebens auf
sie eingewirkt wird. In den gesetzgebenden Körperschaften
haben ja auch diejenigen die Mehrheit, die von Gehältern
und Honoraren leben, in der Presse, Advocatur, Arznei-
wissenschaft, ohne eine Stellung einzunehmen im eigen-
lichen Arbeitsstande. Diesen Herren, auch Herrn Lasker, die
durch ihre überlegene Berechntheit, ihren Einfluß auf ihre
Collegen die Majorität zu leiten gewohnt sind, das ganze
Jahre hindurch, theils in der Presse, theils in den Parla-
menten — denen möchte ich ans Herz legen: Noblesse
oblige! Wer so jahrelang die Majorität gehabt hat in den
Fractionen, der muß auch an den denken, der als Amboß
dient, wenn der Hammer der Gesetzgebung fällt. Daran
erinnere ich Herrn Lasker, wenn er sagt, ich hätte einen
Krieg eröffnet zwischen Stadt und Land. Den übrigens
ganz andern Kampf, den ich aber nicht eröffnen habe, habe
ich allerdings mitgekämpft, soweit es meine Geschäfte und,

darf ich hinzufügen, soweit es die Krankheiten mir gestatte-
ten, die ich im Dienst mir erworben habe.
Abg. Lasker sagt, soviel Uebertreibungen über Steuer-
überbürdungen habe er noch von seinen Abgeordneten ge-
hört wie von mir. Ja, Dr. Lasker übertreibt gewiß nicht,
und was mir vorschwebt als oratorisch stark aufgetragen,
das war gewiß keine Uebertreibung. Aber dann hätte mir
doch eine einzige Zahl nachgewiesen werden müssen als
Uebertreibung. Ich habe mich lediglich in Ziffern bewegt, die
jedem zugänglich sind, die in den Gesetzen liegen, und das
Weiterer war ein sogar schlichterer Ueberschlag. Ich bin
auch nicht zu 40 Proc. der Steuerabgaben gelangt, son-
dern — mein Additionserempel bestätigt das ja — zu
20—30 Proc. Kann mir nun Dr. Lasker auch nur den
Bruchtheil einer Zahl invalvidiren? Das kann er nicht, und
dann zu sagen, das ist eine unerhörte Uebertreibung, ja...
(Glocke des Präsidenten. Der Herr Reichskanzler wendet
sich zum Präsidenten. Große Heiterkeit.) Ich verlasse den
Gegenstand lieber, um in parlamentarischen Grenzen zu
bleiben. (Heiterkeit.) Dr. Lasker fragt, wie kann denn
ein Gewerbetrieb dabei bestehen? Ich kann aber sagen,
daß es Grundbesitzer gibt, die 60 Proc. ihrer Einnahme
an Steuern, Zinsen etc. zu zahlen haben und die bestehen.
Dr. Lasker kennt eben die Verhältnisse nicht. Wenn man
so etwas dem Lande gegenüber sagen will, daß der erste
Beamte des Reiches und des Staates dem Volke dargelegt
wird als einer, der leichtfertig die Unwahrheit sagt und
keine Uebertreibung fürchtet, so ist das geschehen ohne jede
Spur von Beweis.
Wenn dann Dr. Lasker sagte, ich kenne die Gesetze des
Landes nicht, so liegt das auf demselben Gebiete. Jeder
Mensch weiß, daß ich nicht jedes einzelne Gesetz kennen kann,
aber dieser öffentliche Vorwurf, noch dazu von dem Ver-
treter der öffentlichen Gerechtigkeit, als den Dr. Lasker sich
oft gezeigt hat (Beifall), das heißt doch, ich weiß nicht so
viel davon, als ich meiner Stellung nach wissen muß,
heißt mich herabsetzen, meinen Fleiß und meine Gewissen-
haftigkeit. Wenn Dr. Lasker für mich so viel Gerechtigkeit
hätte wie für seine Fraktionsgenossen, so würde er das nicht
versuchen. Ich halte es nicht für nöthig, so schonungslos
die höchsten Behörden zu behandeln, an den Pranger zu
stellen und einen Triumph darin zu suchen, jemand, der
nun einmal, tauglich oder untauglich, die Geschäfte führt,
und den man doch nicht im Augenblicke beseitigen kann,
so... ich will keinen Ausdruck gebrauchen. (Heiterkeit.)
Ich halte es nicht für richtig, vor dem Volke ein schlechteres
Urtheil über die leitenden Staatsmänner abzugeben, als
sich nachher bei ruhiger Prüfung vertheidigen läßt. Gerade
bei der Empfindlichkeit, die Dr. Lasker besitzt, sogar gegen
Meinungsverschiedenheiten, möchte ich ihn bitten, mehr die
Empfindlichkeit anderer zu schonen — ich sehe dabei ganz
gewiß von meiner amtlichen Stellung vollkommen ab, ge-
rade wie ich Herrn Lasker's Stellung persönlich mit Ver-
gnügen höher stelle als die meinige. Aber ich möchte doch
bitten, daß wir uns hier ebenso wenig von den Regeln der
Höflichkeit dispensiren, als wir es thun, wenn wir uns auf
der Straße oder an einem dritten Orte begegnen. (Bravo!
rechts.)
Dr. Lasker sagt, ich hätte unrecht und die Landwirth-
schaftlichen Gebäude seien doch steuerfrei. Da kennt er eben
die Landwirthschaft nicht; weiß nicht, was ein landwirth-
schaftliches Gebäude ist. Ich habe hier vor mir eine Liste
von 149 Positionen landwirthschaftlicher Gebäude von
meinem pommerischen Gute, die in diesem Jahre um 20 Proc.
erhöht sind. Da figuriren als landwirthschaftliche Gebäude:
Zieglerwohnhäuser, Tagelöhnerhäuser... (Rufe links: Wohn-
häuser!)... Ich will einen Augenblick schweigen, wenn Sie
sich aussprechen wollen. (Präsident: Meine Herren! Ich
bitte die Unterbrechungen zu unterlassen.) Es sind mir
Gebäude höher zur Steuer veranlagt worden, weil ich den
Hof vergrößert hatte, und diese Vergrößerung geschah doch
lediglich vom landwirthschaftlichen Standpunkte aus. Ich
glaube also den Vorwurf wegen der Unkenntniß der Gesetze
zurückweisen zu können, und ich würde mich freuen, wenn
sich Dr. Lasker wegen der Landwirthschaft ebenso ausweisen
könnte. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn
Lasker bleibe ich dabei, daß die Klassensteuer abgeschafft
und in ihrem Betrage durch indirecte Steuern ersetzt wer-
den muß. Dr. Lasker sagt, sie beträgt nicht 3 Proc., wie
ich gesagt hätte, aber das habe ich auch nicht gesagt. Wenn
aber freilich von ihrer höchsten Position, nämlich 1000 Thlr.
24 Thlr. zu entrichten sind, so ist das von 3 Proc. nicht
so weit entfernt als von den 1—1½ Proc. des Herrn Lasker.
Also auch hier kann ich mich wegen der Uebertreibung auf
meine Ziffer berufen. „Die ganze Rechnung ist irrig und
unzuverlässig“, sagt Dr. Lasker von meinen Darlegungen.
Diese Behauptung ist in beiden Theilen einfach eine falsche,
und ich behauere, daß der Ausdruck so hingegangen ist.
Ich glaube, wenn jemand vom Regierungsstiche aus einen Ab-
geordneten „unzuverlässig“ nennen wollte, so würde sofort
die Frage der Präsidialbefugniß discutirt werden. (Beweg-
ung.) Ich protestire gegen diesen geradezu beleidigenden
Vorwurf. Unzuverlässig — das heißt doch, man kann auf
seine Angaben kein Gewicht legen, und obwohl das Wort
hingegangen ist, werde ich es dennoch nicht betrachten als in
den parlamentarischen Sprachgebrauch aufgenommen.
(Bewegung.) Wenn Dr. Lasker sagt, der Reichstag könne
ja auf keine Reform eingehen, die auf so schwachen Basis
stehe, so hoffe ich, daß der Reichstag diesmal seinen Argu-
mentationen nicht folgen wird.
Ich kann nicht umhin, einem Vorurtheil zu widersprechen,
das hier laut geworden ist aus dem Munde eines sonst
gewöhnlich gut informirten Mannes, des Abg. Döbelhäuser.
Er sagte, er wolle der Fahne von 1818 folgen, und sah in
ihre eine Vertretung der großen Finanzmänner des Frei-
handels. Er irrt sich aber, die Herren Freihändler müssen
sich von dem Gedanken losmachen, daß der Ruf ihrer Vor-
fahren und zum Freihandel zwingt. Im Jahre 1818 war
Finanzminister ein dunkler Ehrenmann, übrigens aber kein
berühmter Finanzgesetzgeber, Kiewitz. Wenn seine Zollgesetz
das Ideal des Herrn Abg. Döbelhäuser bilden, so kann ich
ihm leider nicht folgen, er geht mir viel zu weit. (Heiter-
keit.) Ich habe hier die Zolllisten von 1818 auf 1821, und
da sind beispielsweise die vier letzten Baumzollpositionen,
die in dem neuen Tarif 40, 60, 100 und 125 M. betragen,
auf 100, 183, 183, 183 M. beziffert. Feine Weivaaren
sind jetzt mit 12, damals mit 73 M. angelegt, ebenso
Bürstbindenwaaren. Eisenwaaren sind damals mit 73
statt jetzt 30 M. angelegt, Stahlwaaren mit 73 statt jetzt
12, Holzglas mit 25 statt jetzt 1 M. 50 Pf. Weißes

Glas stand ebenso, Seite jetzt 450 M., damals 535 M., Wein jetzt 12, damals 47 M. Ich glaube also, daß die Zollsätze von 1818 nicht das Ideal des Hrn. Oberhäupter bilden werden. Unter dem Zollvereine hatten wir ja trotz der innern Unruhen des Jahres 1848 im ganzen eine gute Entwicklung, und doch waren die Zölle höher, als wir sie heute ihnen vorschlagen. Von 1842 an finden Sie unter den Finanzpolitikern des Zollvereins eine Reihe von Namen, bei denen ein finanzieller Reformator schwerlich wird sein Herz erwärmen können: Bobelschwingh, Flottwell, Duesberg, Dansemann, Bonin, Kühne — der aber die Finanzwirtschaft schon mehr politisch als finanziell zu betreiben anfing — dann wieder Bobelschwingh, v. d. Heydt, Camphausen, Dohrecht. Wo also auf freihändlerischer Seite der Appell herkommt an die Vorfahren, das weiß ich wirklich nicht. Die Erinnerung spricht vielmehr für die Reform, wie wir sie vorschlagen, die wir die alte rühmreiche Zollpolitik wieder in ihre Rechte einsezen wollen.

Ich habe in der ganzen Debatte die Erwähnung eines Gesichtspunktes vermisst, ohne welchen das ganze Zolltarifproject doch keine Sicherheit und keine Wirkung hat, nämlich die Frage der Eisenbahntarife; das schwebt ja allerdings auf einem andern Gebiete, sollte aber, wenn möglich, gleichzeitig gelöst werden, denn es gibt keinen Zolltarif ohne Eisenbahntarife. (Sehr richtig!) Solange unsere Eisenbahnen uns alles, was vom Auslande eingeführt wird, wohlfeiler transportieren als unsere Ausfuhr, so lange ist ein Zolltarif in unserm Sinne unwirksam, solange dies geschieht, haben wir keinen Schutz gegen die Macht einzelner Eisenbahngesellschaften und selbst einzelner Staatsorgane. In Preußen ist ja in den letzten Jahren zu meiner großen Freude eine Umkehr bemerkbar geworden, und ich hoffe, daß man auch in den andern Staaten sich bald einer solchen Reform unterwerfen wird; aber es scheint, als ob in manchen Staaten der aus Eisenbahnen eingenommene Thaler einen höhern Werth hat als aus irgendeiner andern Quelle. Vielleicht sind die Eisenbahnminister dort mächtiger; wir sehen jedenfalls, daß einzelne andere Staaten thatsächlich die Ausfuhr zu theuer und die Einfuhr zu billig befördern, zum Schaden ihrer eigenen Finanzen, und sie müssen den Ausfall durch directe Steuern decken. Erst ganz neuerlich ist die Frage eingegangen von einer großen sächsischen Papierfabrik, welche die Lieferung von Papier für ein großes englisches Blatt, wenn ich nicht irre, des Globe übernommen habe, und welche sich jetzt darüber beklagt, daß sie jedes ausländische Product billiger zu sich bekommen, als ihr eigenes Product in Deutschland nach der Grenze befördern könne.

Ich kann also nur damit schließen, daß ich Sie bitte, an meinem Programms festzuhalten, wenn Sie es auch in einzelnen Punkten vielleicht anders gewünscht hätten. Da- v. n. ist auch in meiner Correspondenz mit Hrn. v. Thüngen die Rede; aber wir werden zu einer Vorlage nur kommen können durch Compromisse. Auch mir hätten ja einzelne Punkte anders besser gefallen; aber ich möchte es Ihrer Erwägung empfehlen, auch denen, die vielleicht zu drei Vierteln einverstanden sind, daß die Möglichkeit für uns Einzelne, Gesetze zu machen, wie wir sie einzeln wünschen, uns nicht gegeben ist. Auch ein Abgeordneter hat das nicht in der Hand, und jede Stimme eines Abgeordneten, der vielleicht bis auf ein Axtel mit der Vorlage einverstanden ist, aber doch gegen sie stimmt, wiegt ebenso schwer als die Stimme des stärksten Gegners. Ich kann also zur Einigung mahnen, daß der einzelne es macht, wie ich, und sagt, das Bessere ist der Feind des Guten; ich frage, ist das, was mir gebracht wird, in seiner Gesamtheit besser? Ich habe im ganzen meine Stellung zur Sache gar nicht erfüllt gefunden durch mich persönlich treffende oder durch sachliche Gegengründe, ich halte nach wie vor daran fest, das Reich selbständig zu machen, die Gemeinden zu erleichtern, dem zu hoch besteuerten Grundbesitz durch indirecte Steuern zu helfen und die Klassensteuer in vollem Umfang abzuschaffen, sobald uns indirecte Steuern in genügendem Umfang bewilligt sind, und als letzten, aber nicht geringsten Zweck, der einheimischen nationalen Arbeit und Production in Feld und Stadt, Industrie und Landwirtschaft den Schutz zu gewähren, den wir leisten können, ohne die Gesamtheit zu schädigen und wichtige Interessen zu gefährden. (Lebhafter Beifall.)

Hg. Windthorst: Meine Herren! Man darf Vorlagen wie diese nicht betrachten vom Standpunkte einer abstracten Doctrin aus. Die großen Erschlüchterungen der letzten Jahre, die großen Kriege haben uns in die Nothwendigkeit versetzt, für unsere Industrie nach einem gewissen Schutze zu suchen, damit sie den Wettsang mit andern Nationen wieder aufnehmen könne. Wenn alle Nationen um uns herum ihre Grenzen mit einem Schutzgürtel versehen, so kann man es uns nicht zumuthen, allein unsere Thore dem Auslande offen zu halten, und in der That hat kein einziger der bisherigen Redner den Beweis versucht, daß ein einzelnes Land im Gegensatz zu allen Nachbarn den Freihandel anrecht erhalten könne. Hr. Bamberger hat uns glüht bezeugt, und ich bestätige es, daß wir nicht erst seit gestern oder heute diese wirtschaftliche Politik vertreten; ist dies aber wahr, dann wird man wol glauben, daß wir nicht durch irgendwelche Verhandlungen mit der Regierung beeinflusst worden sind. Vor Jahren schon haben wir auf die materielle Noth des Volkes hingewiesen, haben wir eine Umkehr der Wirtschaftspolitik verlangt. Stets aber sind wir zurückgewiesen worden, insbesondere von Hrn. Camphausen, der überhaupt nie eine wirtschaftliche Noth anerkennt wollte. Wir haben auch seinerzeit die Fortdauer des Eisenzolles beantragt, die Passivität der Reichsregierung und des Reichskanzlers ließen es nicht dazu kommen. Endlich ist die Erklärung der Zweihundertundvier wesentlich von uns getragen, und sie dastet von selber als die Wendung der Regierung. Wir sind also völlig in der Priorität.

Hr. Bamberger hat uns dann als beste Keimtruppe des Reichskanzlers bezeichnet, ein Ausdruck, von dem ich nicht weiß, ob er seine Spitze gegen den Reichskanzler wendet oder gegen uns, vielleicht gegen beide. (Große Heiterkeit.) Ich wollte, es wäre so; nichts könnte uns angenehmer sein, als stets an die Seite des Herrn Reichskanzlers zu treten; aber Hr. Bamberger und seine Freunde können beruhigt sein; wenn sie nicht selbst ihre Stellung zum Reichskanzler verderben, was anscheinend im Werke ist (große Heiterkeit), wir werden schwerlich in die Lage kommen, ihren Platz einzunehmen. Solange der Jammer des christlichen Volkes fortdauert, solange die Beschwerden der Kirche nicht gehö-

ren werden, Beschwerden, welche im Herbst auch die evangelische Kirche auf der Synode erheben wird, wenn die Bischöfe im Auslande weilen müssen, über tausend Pfarren vacant sind, wenn die Berrichtung des Gebetes, die Spendung der Sacramente mit Strafen verfolgt wird, müssen wir die bisherige Opposition innehalten, bis Abhilfe geschafft ist. Trotzdem können wir dem Reichskanzler theilweise mit aller Energie auf dem betretenen Wege folgen. Ich hoffe, er wird daraus entnehmen, wie wenig es richtig war, uns als Gegner des Reiches zu betrachten. Wie wir uns aber auch über das Schwinden jeder Differenz freuen, wir können nicht eine Regierung da unterstützen, wo unsere heiligsten und theuersten Interessen verletzt werden. Oestentlich wird der Herr Reichskanzler nochmals gründliche Umschau in unsern Beschwerden halten und sich danach entschließen, sich von dem geistlichen Bureau, das ihn umgibt, ebenso zu emancipiren, wie er sich von dem wirtschaftlichen emancipirt hat. Die Centrumsfraction treibt keine Opposition quoad memò oder à outrance; wo es sich handelt um Thron, Vaterland und die vitalsten Interessen der Nation, werden wir die Regierung stets unterstützen. (Auf: Socialistengesetz!) Bei dem Socialistengesetz stand das Centrum auf dem allein richtigen Standpunkte, sie bereut es auch heute nicht, die Folge wird es lehren! Für Freund und Feind erkläre ich, wir sind heute, was wir gestern waren, und werden morgen sein, was wir heute sind.

Die Vorlagen selbst zerfallen in zwei Theile, die zwei streng auseinanderzuhaltende Gebiete, das wirtschaftliche und das finanzielle Gebiet, ordnen wollen. Wirtschaftlich ist die große Majorität des Centrums zur Unterstützung der Regierungsvorlage bereit, was ja Modificationen im einzelnen nicht ausschließt. Der Abg. Lasker hat heute die Omiffa und Commissa seiner Freunde zu rechtfertigen versucht, welche sie gegenüber den Bestrebungen zu einer wirtschaftlichen Reform auf dem Gewissen hat. Er sprach von der passiven oder feindlichen Haltung der Reichsregierung gegen jene Bestrebungen; der wahre Grund aber im Gegentheil war der, weil die Herren abfolat nicht glauben wollten, daß die ganze Industrie und Landwirtschaft daniederliege, und weil es in der That bequemer ist, die Augen zumachen, als ein Uebel voll und ganz zu erkennen, welches man selbst mit geschaffen hat. Die Ablehnung der Wiedereinführung der Eisenzölle ist der Anstoß zu jener gewaltigen Schutzollbewegung geworden. Bezüglich der Kornzölle ist Hr. Lasker zu erwidern, daß die Popularität der freien Getreideeinfuhr hauptsächlich in den Großstädten zu Hause ist; auf dem bevorstehenden Städtetage werden die kleinen Städte, wenn sie zugelassen werden, voraussichtlich die großen niederzuschreien! (Große Heiterkeit.) Dem Geschäft kann nur aufgeholfen werden durch Käufer, und diese kann man nur erlangen, wenn man ihnen Gelegenheit gibt, mit Erfolg zu arbeiten, dazu muß aber die Arbeit vor der Konkurrenz des Auslandes geschützt werden, das ist mir durch Mittheilungen aus Arbeiterkreisen bestätigt worden. Man behauptet, ist habe sich gegen Kornzölle ausgesprochen; ob er heute derselben Meinung sein würde, ist zweifelhaft; die Entwicklung des amerikanischen Exportes muß uns besonders bedrohlich erscheinen. Die Landwirtschaft wird schon durch den Aufschwung der Industrie Vortheile gewinnen. Viel wichtiger ist der Zoll auf Fleisch; durch den großen Export lebenden und geschlachteten Viehes aus Amerika beginnt schon jetzt unsere, z. B. in meinem Wahlkreise schmerzhaft betriebene Viehzucht bedenklich zu leiden. Wir stimmen also mit der Tendenz des Tarifes überein und hoffen auf eine schnelle Erledigung der Sache zum Wohle unsern Landes.

Der zweite Theil der Vorlagen betrifft die Finanzzölle. Hier ist das Bedürfnis nicht klar nachgewiesen. Was für Preußen nöthig ist, hat Hr. Dohrecht uns neulich gesagt; was die andern Staaten brauchen, haben wir von deren Finanzministern nicht erfahren, die merkwürdigerweise nicht am Bundesrathstische gegenwärtig zu sein scheinen! (Heiterkeit.) Wir erwarten von den Regierungen einen genau motivirten Anschlag, wieviel diese Steuern muthmaßlich eintragen werden. Reicht der Betrag aus dem Tarif nicht aus, so werden wir einen Theil der Finanzzölle bewilligen müssen. In der Tendenz, die directen Steuern in indirecte zu verwandeln, bin ich mit dem Reichskanzler einverstanden. Die Schwierigkeit liegt aber darin, daß die Bewilligung und Umwandlung nicht in der Hand des Reichskanzlers liegt. Es ist eben keine Regierungsform schwieriger und theurer als die constitutionelle. Das Zusammenwirken so vieler Factoren erzeugt eben die verschiedensten sich oft widersprechenden Anforderungen, und der Grad der Verantwortlichkeit wird dabei immer höher. Mir fehlt aber die Sicherheit dafür, daß der eventuelle Ueberschuß aus dem Ertrage der indirecten Steuern auch wirklich zur Verteilung an die Einzelstaaten gelangt.

Zwei Positionen aber machen mich vor allem besorgt, worüber uns der preussische Finanzminister auch mit großer Energie die Auskunft bisher verweigert hat; 10—12 Mill. sollen zur Ausführung eines Unterrichtsgesetzes verwendet werden. Ich muß erklären, daß ich ein solches Gesetz aus den Händen, aus denen es uns zugehen soll, von vornherein verwerfe, ohne es gesehen zu haben. Ferner bin ich gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Ich muß die Sicherheit haben, daß die Einnahmen aus den Finanzzöllen in der That nicht weiter verwendet werden als gesagt wird, zur Deckung der Reichsbedürfnisse, zum Ersatz der Matricularbeiträge. Daß ich diese Sicherheit nicht habe, ist für mich ein wichtigeres Bedenken als die sogenannten constitutionellen Mängel, obgleich ich auch Garantien dafür verlange, daß der Reichstag eine Macht bleibt. Wir stehen in dieser Frage gegenüber einem Schritte, welcher den Einheitsstaat vollendet, und ich bedauere daher sehr, daß die Finanzminister der Einzelstaaten nicht hier sind, um meine Bedenken zu widerlegen. Diesen meinen Standpunkt, glaube ich, theilt die Mehrzahl meiner Parteigenossen, wenn unsere Auffassungen über Schutzzölle auch auseinandergehen. Auf die Streitfrage der Steuerreform im allgemeinen will ich nicht weiter eingehen, da sie heute doch nur von theoretischen Werthe ist. Ich bin freilich der Meinung, daß wir gänzlich der directen Steuern nicht werden entzathen können. Was die geschäftliche Behandlung der Vorlage anlangt, so schließe ich mich dem Antrag Löwe an, welcher das Resultat eingehender Erwägungen ist, zumal ich der Ansicht bin, daß eine principielle Trennung nach Finanz- und Schutzzöllen für viele Artikel völlig undurchführbar ist. Ich hoffe, daß das Gesetz sich als ein segensreiches zum Heile des Vaterlandes erweisen wird. (Beifall.)

Präsident Dr. v. Fordenberg:

Meine Herren! Ich habe den dringenden Wunsch, daß die persönlichen Empfindlichkeiten in der Discussion, die ohnehin eine sehr schwierige ist, soviel als möglich entfernt werden. Mir liegt daran, im Interesse der Sache, im Interesse der Würde unserer Verhandlungen, daß die Debatte ruhig und sachlich geführt wird und so sich zum Heile des Vaterlandes erweise. Der Herr Reichskanzler hat nun gegen den Abg. Dr. Lasker den Vorwurf erhoben, daß er ihn beleidigt habe, indem er ihm Unzuverlässigkeit vorgeworfen hätte. Ich habe, obgleich sich mir genau bemerkt war, daß dies nicht geschah, mir den uncorrigirten Remonstrationsbericht kommen lassen und ersehe daraus, daß Abg. Dr. Lasker keine Beleidigung ausgesprochen hat. Derselbe hat sich allerdings eine scharfe Kritik der Rede des Herrn Reichskanzlers erlaubt, aber er hat ausdrücklich erklärt, die Angaben des Fürsten Bismarck seien objectiv unrichtig, er hat ausdrücklich dessen bona fides anerkannt und hat das Wort unzuverlässig gar nicht gebraucht. Er hat vielmehr nach längerem Auslassungen gesagt: „Sie sehen daraus, wie wenig zuverlässig die Angaben des Fürsten Bismarck sind.“ Diese Kritik mag hart sein, aber sie ist nicht beleidigend für den Herrn Reichskanzler. Ich spreche nochmals die dringende Bitte an die Herren Mitglieder des Reichstages und auch des Bundesrathes aus, alle persönlichen Angriffe zu unterlassen und im Interesse unserer Verhandlungen ruhig und sachlich zu debattiren.

Reichskanzler Fürst v. Bismarck:

Ich danke dem Herrn Präsidenten für diese Richtigerstellung, die ja, wenn ich einen nicht zutreffenden Text vor mir gehabt hätte, mich weniger trübe als meinen Gewissensmann. Indessen habe ich daraus doch entnommen, daß thatsächlich die Sachen im ganzen so liegen, wie ich voraussetzte. Ich achte darüber das Urtheil des Herrn Präsidenten; ich bin meinerseits Präsident des Bundesrathes und spreche als solcher zu Ihnen. Ich habe meinen Aeußerungen so wenig etwas hinzuzufügen als zurückzunehmen. (Lebhafter Beifall rechts; Zischen links. Fortdauernde Unruhe.)

Abg. Dr. Lasker bittet um das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Dasselbe wird ihm indeß von Präsidenten nicht ertheilt, da persönliche Bemerkungen nach der Geschäftsordnung nur nach Schluß oder Vertagung der Debatte zulässig sind.

Unter der Reihenfolge der Redner nimmt nun unter großer Unruhe des Hauses, welches sich zum größern Theil in Gruppen aufgelöst hat, in welchem lebhaft disputirt wird, das Wort Abg. Modle, welcher seinen Standpunkt für die Vorlage damit motivirt, daß er keine particularen, sondern nationale Interessen vertrete:

Deutschland sei nicht so arm, daß es mehr consumire als producire, aber immerhin noch lange nicht so weit entwickelt als England und Frankreich. Im übrigen hänge der Ausfuhrhandel mit deutschen Industrieprodukten nicht von dem deutschen, sondern von dem Tarif der Länder ab, nach welchen importirt wird. Allerdings hätten die Seestädte zuerst das größte Interesse daran, daß gar keine Zölle existiren, ihr specifisches Interesse liege darin, möglichst viel Rohstoffe und auch Manufacturen heranzuziehen und an das Hinterland zu verkaufen. Aber das Hinterland ist es doch, welches lauffähig sein muß, das Gedeihen des Hinterlandes muß also auch den Seestädten in erster Reihe stehen, wenn sie selbst prosperiren wollen. Was die Monita des Abg. Delbrück anlangt, seien sie zum größern Theile bereits als nicht hieb- und stichfest vom Bundesrathstische nachgewiesen; auch die übrigen müssen als hinfällig begehnet werden. Nach Annahme der Vorlage werde sicher das Gedeihen von Handel und Gewerbe folgen und zwei Tendenzen aus dem Handel verschwinden zum Segen Deutschlands, nämlich die internationale und semitische. Auf einer spätern Ausstellung werden dann die deutschen Producte gewiß in erster Reihe anerkannt werden und entgegen einem frühern Dictum das Lob ernten „Preiswerth und gut.“ (Bravo!)

Hierauf wird die Debatte vertagt.

Persönlich bemerkt Abg. Lasker:

Er bedauere, daß sich Fürst Bismarck infolge von unrichtigen Informationen zu Exemtionen gegen ihn habe hinreichend lassen. Der Notizgeber habe dem Lande einen schlechten Dienst erwiesen, indem er Fürst Bismarck völlig schlecht unterrichtetete. Fürst Bismarck habe ihm vorgeworfen, ihn nicht mit Zahlen rectificirt zu haben. Gerade das Gegentheil sei der Fall. In Bezug auf den Ausdruck „unzuverlässig“ habe der Herr Präsident bereits Remede eintreten lassen. Wenn es aber nicht mehr gefattet sein sollte, unrichtige Zahlen und Angaben als unzuverlässig zu bezeichnen, dann höre überhaupt jede Möglichkeit einer Discussion auf. Er bedauere im übrigen, daß Fürst Bismarck die Grundsätze der Öffentlichkeit nicht für beide Theile anerkenne, und daß er es nicht verschmäht habe, über die innersten persönlichen und Privatangelegenheiten Mittheilungen zu machen, die unrichtig seien, und ihnen Motive unterzuschreiben, die er, Redner, nicht kenne. Wenn Fürst Bismarck sagt, daß seine Empfindlichkeit daher rühre, daß er die Herrschaft in seiner Partei und damit überhaupt verloren habe, so kenne er meinen Charakter nicht. Ich habe in der Partei öfter Opfer gebracht als verlangt. Ich respectire den Wunsch des Herrn Präsidenten und vermeide es, in den Ton der Bitterung zu verfallen, der mir gegenüber angeschlagen ist; ich wiederhole, es hat mir stets gelegen, den Herrn Reichskanzler beleidigen zu wollen.

Abg. Dr. Delbrück bemerkt, daß er sich eine Erwiderung auf die Angriffe gegen ihn für die Specialdiscussion vorbehalte.

Abg. Dr. Löwe bemerkt dem Abg. Lasker gegenüber, daß er Mitglied des Verwaltungsrathes der Discontogesellschaft sei und dagegen protestiren müsse, daß man ihm Parteilichkeit und Vertretung persönlicher Interessen supponire.

Abg. Dr. Lasker befreitet, dies in seiner Rede gethan zu haben.

Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Tagesordnung: Gesetz über 1) die Vertretung der Matricularbeiträge

pro 1879/80, druckerei an von 1879/80, Zolltarifvorl.

Die Pro Kaiser, wo der vorigen von Wiebbol tarze Zeit jedoch bereit seit Sonntag nehmen. D auf Donner Berlin auf festlichkeiten den den Feier paares werb Jener soll no wesentlich la Die Deputa Monarchie s jeder Provin

Der W vom 8. Ma hat, wie ver der Tabak

Der W vom 7. Ma einem Com gegangen se meint; ob f Compromiß

Gelegen die Zoll- sponzen: Führers der Höhepunkt d rathung bez einen erfolg tigen Berhar

An der beratung i tages zur Delegirte von Königsberg, beschloffen, Berlin einju verordneten

Der R Reichstage vorlage zug bekannten V betreffs eine dustrizölle.

Dem R zu „betrefte mungen d dung. Die 33, 34 und Privatfranke Hand- und beziehungl genannten C

Der S wanderun schiedenen Z sucht worde für die A sowol in de uns benachb dem Donau

und an alle testanten so Rechte heute dahin zielen Privatperson auf, denn d unsere Kapiz zuführen. die Auswäh

pro 1879/80, 2) den Uebergang der preussischen Staats-
druckerei an das Reich; 3) Nachtragsetat zum Etat
von 1879/80; 4) Fortsetzung der Verathung der
Zolltarifvorlage.

Deutsches Reich.

Die Provinzial-Correspondenz berichtet: „Unser
Kaiser, welcher infolge der ungluͤcklichen Witterung
der vorigen Woche an Heiserkeit litt, hat die Abreise
von Wiesbaden und die Rückkehr nach Berlin um
kurze Zeit verschieben müssen. Die Erhaltung ist
jedoch bereits wieder gewichen und der Kaiser konnte
seit Sonntag wieder täglich Spazierfahrten unter-
nehmen. Die Abreise von Wiesbaden ist nunmehr
auf Donnerstag, 8. Mai abends, und die Ankunft in
Berlin auf Freitag, 9. Mai früh, festgesetzt. Die
Festlichkeiten aus Anlaß der am 11. Juni stattfin-
denden Feier der Goldenen Hochzeit unser Kaiser-
paars werden auf zwei Tage beschränkt werden. Die
Feier soll nach ausdrücklicher allerhöchster Bestimmung
wesentlich den Charakter eines Familienfestes tragen.
Die Deputationen aus den verschiedenen Theilen der
Monarchie sollen die Zahl von 10—12 Personen aus
jeder Provinz nicht übersteigen.“

— Der Weser-Zeitung berichtet man aus Berlin
vom 8. Mai: „In der gestrigen Bundesrathssitzung
hat, wie verlautet, eine Vorbesprechung über die Frage
der Tabaksperrre stattgefunden.“

— Der Weser-Zeitung schreibt man aus Berlin
vom 7. Mai: „Daß die Rede Bohnigsen's aus
einem Compromiß mit dem Reichskanzler hervor-
gegangen sei, wird mir in bestimmtester Weise ver-
neint; ob sich aber auf Grund dieser Darlegung ein
Compromiß entwickelt, ist eine andere Frage.“

— Gelegentlich der Rede des Hrn. Bohnigsen über
die Zoll- und Steuerfrage sagt die Provinzial-Corres-
pondenz: „Durch diese Kundgebung des angesehenen
Führers der gemäßigt liberalen Partei, welche den
Höhepunkt der bisherigen viertägigen allgemeinen Ver-
athung bezeichnet, ist in der That die Hoffnung auf
einen erfolgreichen Verlauf und Abschluß der wich-
tigen Verhandlung wesentlich erhöht worden.“

— An der am 8. Mai in Berlin stattgehabten Vor-
berathung in Betreff der Einberufung des Städte-
tages zur Verathung über die Getreidezölle nahmen
Delegirte von Berlin, Kiel, Stettin, Elbing, Danzig,
Königsberg, Thorn und Stralsund theil. Es wurde
beschlossen, den Städtetag auf den 19. Mai nach
Berlin einzuberufen und die Magistrate und die Stadt-
verordnetenversammlungen dazu einzuladen.

— Der Deutsche Landwirtschaftsrath hat dem
Reichstage eine zweite Denkschrift über die Zolltarif-
vorlage zugehen lassen. Dieselbe enthält die bereits
bekannten Beschlüsse des Ausschusses dieser Körperschaft
betreffs einer erheblichen Herabsetzung der hohen In-
dustriezölle.

— Dem Reichstage ging der „Entwurf eines Gesetzes“
zu „betreffend die Abänderung einiger Bestim-
mungen der Gewerbeordnung“, nebst Begrün-
dung. Die Abänderungen beziehen sich auf die §§. 30,
33, 34 und 38 der Gewerbeordnung (Errichtung von
Privatfrankenaustalten, Schank- und Gastwirthschaften,
Pfund- und Leihgeschäften), und setzen gewisse Controlen,
bezüglich Beschränkungen für die Betreibung der
genannten Gewerbe fest.

— Der Social-Correspondenz schreibt man zur Aus-
wanderungsfrage: „In neuerer Zeit ist in ver-
schiedenen Zeitschriften Beantwortung der Frage ver-
sucht worden: „Bedarf Deutschland der Colonien?“
Für die Anlage von Ackercolonien ist unzweifelhaft
sowol in den Grenzen Deutschlands als auch in dem
uns benachbarten Oesterreich-Ungarn und in den an-
dern Donauländern noch sehr viel Raum vorhanden,
um bis auf weiteres noch viele Hunderttausende von
Arbeitskräften in speciell deutschem Interesse als Acker-
bauer zu colonisiren. Aber selbst im Norden und
Osten unser deutschen Vaterlandes ist noch Raum
genug zur Colonisation unserer Arbeiter auf den Do-
manen und größeren Landgütern. Also: warum in die
Ferne schweifen, denn das Gute liegt so nah? Aber
selbst die Gründung von Handelscolonien in andern
Welttheilen wird überflüssig, wenn es gelingt, die für
unser Gesamtinteresse geeigneten Schritte zu einer
engern Handelsgemeinschaft mit Holland zu thun, wel-
ches Colonien genug besitzt, wo unsere industriellen
Erzeugnisse einen dauernden Markt finden können.
Nach dieser Richtung hin können wir die Interessen
unser Vaterlandes wahren, niemals jedoch in Amerika
und am allerwenigsten in Brasilien, wo man den Pro-
testanten sogar die Zuerkennung der staatsbürgerlichen
Rechte heute noch verweigert. Man nehme also alle
dabin zielenden Aufforderungen von seiten einzelner
Privatpersonen oder Privatgesellschaften mit Misstrauen
auf, denn diese haben schon sehr viel dazu beigetragen,
unsere Kapitalien, Intelligenz und Arbeitskräfte irre-
zuführen. Wir können daher nur empfehlen, nicht
die Auswanderung, sondern die Colonisation der deut-

schon Staatsbürger im In- und Auslande durch Or-
ganisation einer geeigneten deutschen Reichsbehörde so
zu unterstützen, wie es den Interessen des deutschen
Volkes am förderlichsten ist, d. h. daß Kapital, In-
telligenz und Arbeitskraft dem deutschen Mutterlande
dabei niemals ganz verloren gehen.“

Preußen. In Berlin starb am 7. Mai der
Birkh. Geheimrath Mac Lean im 74. Lebensjahre.
Derselbe hat lange Jahre hindurch, bis zu seinem Aus-
scheiden aus dem Staatsdienste 1877, als Director
der dritten Abtheilung (Land-, Wasser- und Chaussee-
bauwesen) dem königlich preussischen Handelsministerium
angehört.

— Ueber neuerdings in der Provinz Schlesien zu
Tage getretene Bestrebungen betreffend die Wieder-
belebung der Innungen liegen wieder einige Mit-
theilungen vor. In Glatz sind, wie die Neue Gebirgs-
Zeitung berichtet, bezüglich einer Reformirung der alten
Institution der Innungen von dem Bürgermeister
Schüler die einleitenden Schritte geschehen, und am
15. April traten dort sechs Maurermeister und Zimmer-
meister zusammen, um für das Maurer- und Zimmer-
gewerk eine neue Organisation, „Innung“ genannt,
ins Leben zu rufen. Ein vorgelegtes Musterstatut
wurde durchberathen und mit einigen geringen Ände-
rungen, wie sie die örtlichen Verhältnisse verlangen,
angenommen. Demnächst wird das Schuhmachergewerk
der Sache näher treten; 86 Meister haben sich zur
Bildung einer Innung bereit erklärt und steht für
den 8. Mai eine Versammlung behufs Constituirung
der Innung an. In Ratibor waren von seiten des
Vorstandes des Handwerkervereins für den 17. April
die sämtlichen dortigen Handwerksmeister zu einer
allgemeinen Versammlung behufs Verathung über
die Wiedereinführung der Innungen und Abfassung
von Statuten eingeladen.

Oesterreich-Ungarn.

Ein konstantinopeler Telegramm des Pester Lloyd
bringt den Inhalt der österreichisch-türkischen
Convention. Es ist genau derselbe, den wir nach
der wiener „Presse“ schon in Nr. 106 wiedergegeben.

— Aus Prag vom 7. Mai wird wiener Blättern
berichtet: „Die tschechischen Blätter setzen die Discussion
über die Möglichkeit eines Ausgleichs der Ver-
fassungspartei mit der böhmischen Opposition
fort. Karodni Rhy constatiren, daß Dr. Rieger zu
Ausgleichsverhandlungen von den Abgeordneten der
beiden nationalen Fractionen ermächtigt wurde. Die
weiteren Verhandlungen sollen nunmehr durch stän-
gliche Deputationen von deutscher und tschechischer
Seite, in denen auch die jungtschechische Fraction an-
gemessen vertreten ist, fortgeführt werden. Pokrol for-
dert die versassungstreue prager Journalistik auf, aus
ihrer bisherigen Reserve in der Ausgleichsfrage heraus-
zutreten.“

Frankreich.

Victor Hugo hat, wie wir dem „Kappel“ ent-
nehmen, aus Rom folgende zwei Telegramme erhalten:
Die am 30. April 1879 zu einem brüderlichen Fest-
mahle vereinigten italienischen Demokraten wenden sich an
Sie, erlauchter Bürger des edeln Frankreich, um zu bewei-
sen, daß, wenn die Tyrannie zwei Völker vorübergehend zu
Feinden machen kann, die Freiheit sie alle zu Brüdern
machen wird. Castellani.

Die römischen Republikaner, welche den 30. April mit
einem Banquet feierten, bitten Sie, der französischen Demo-
kratie ihren brüderlichen Gruß auszurichten. Scisconi.

— Ein unerhörter Act von Indiscipline macht viel
Aufsehen in Paris. In der Normalturnanstalt von
Joinville-le-Pont fehlten etwa 100 Unteroffiziere und
Soldaten bei den Tagesübungen und kehrten erst am
Abend zum Appell zurück. Eine Untersuchung darüber
ist eröffnet.

— Die Katholiken von Alg haben eine Sub-
scription eröffnet, um dem Erzbischof, der bekanntlich
von der Regierung vor den Staatsrath citirt worden
ist, einen Ehrenhirtenstab zu überreichen; desgleichen
haben die Geistlichen der Diocese eine Glückwunsch-
adresse an ihn gerichtet. Die republikanischen Blätter
fordern das Einschreiten der Regierung gegen diese
offene Revolte des Klerus.

— Aus Paris vom 6. Mai wird der Kölnischen
Zeitung geschrieben: „Cornat, Commandant des
4. Corps (Mans), gab vor einigen Tagen infolge
eines ihm vom Kriegsminister erteilten Verweises
seine Entlassung. Dieser Verweis war nicht, wie
mehrere Blätter behaupteten, deshalb erfolgt, weil
Cornat nach seiner Ankunft in Mans seinen neun-
jährigen Sohn sofort der dortigen Jesuitenschule über-
gab, sondern weil er ihn bei seinen Ausritten von
einer seiner Ordonnanzen begleiten ließ. Der Kriegs-
minister will nicht, wie es in dem Verweise heißt,
daß ein Soldat einem Kinde als Reitlehner diene; die
einem Offizier beigegebenen Ordonnanzen seien nur
für den persönlichen Dienst desselben bestimmt und
dürften nicht als Bediente betrachtet werden. In
Mans hatten diese Schritte des jungen Cornat Auf-
sehen erregt, weil er sie stets in der Tracht der Je-

suitenjünglinge machte, und man in der Begleitung des
Jesuitenjünglings durch einen Soldaten in Uniform
eine Kundgebung des Generals zu Gunsten der Kle-
rikalen erblickte. Das Offiziercorps in Mans ist
überhaupt sehr clerikal.“

Großbritannien.

London, 6. Mai. Die Interpellation des Un-
terhausmitgliedes Sir Robert Peel wegen eines
Einspruchs Englands gegen die Verfolgungen in
Rußland hat eine unerhört stürmische Scene im Un-
terhause hervorgerufen. Ein Redner sagte: „Die Re-
gierung hat die Afghanen und Zulus insulirt und
mit Füßen getreten. (Redner wird zur Ordnung ge-
rufen und nimmt den Ausdruck „insultirt“ zurück.)
Die Regierung hat jene Völker unter ihre Füße ge-
treten. Sie ist von dem Gelde der Steuerzahler be-
trauscht und hat einen neuen König in der Person Sir
Bartle Frere's I. geschaffen. Allein wie jenen jungen
Römern ist den Ministern vor dem Adel bange; ihr
Adel aber ist der Kaiser von Rußland. Sie wagten
es nicht, den Kaiser von Rußland zu berühren, weil
er eine Million Streiter hinter sich hat und noch dazu
von einer Million Deutschen unterstützt wird. (Zahl-
reiche Einsprüche und Rufe um Ordnung.) Die Re-
gierung konnte es wagen, den König von Neapel an-
zulegen, die Freischärler durch die Straßen Liverpools
paradiren zu lassen und ihrem Admiral den Befehl zu
ertheilen, Garibaldi die Straße von Messina passiren
zu lassen, welchem Befehle derselbe seinen Erfolg in
Neapel verdankte; das alles ist geschehen, weil der
König von Neapel ein schwacher Monarch gewesen.
Jetzt, da man von den Ministern verlangte, im In-
teresse der Menschlichkeit jenem Schreckensfuge ein
Ende zu bereiten, den der Kaiser jüngst erlassen hatte,
erwiderten dieselben, daß sie sich nicht einmischen wer-
den, wobei es auch sein Verbleiben haben wird. Der
Kaiser von Rußland ist eben der Stärkere; es ist der
Adel.“

Belgien.

Aus Brüssel vom 6. Mai wird der Kölnischen
Zeitung berichtet: „In der heutigen Sitzung des Re-
präsentantenhauses sprach der Abgeordnete von
Lüttich, Neujean, über die großen Mängel des bis-
herigen und über die großen Vorzüge des neuen Schul-
gesetzes. Die Rede war stellenweise recht gut, aber
im ganzen viel zu langathmig; der Beifall, den sie
bei der Linken und auch auf den Galerien fand, galt
wol hauptsächlich dem schwungvollen Schluß. Uebri-
gens brachte sie auch einige Proben bruderschaftlichen
Moralunterrichts zur Sprache, z. B. daß in Lüttich
den Knaben zur Probearbeit das Thema gegeben wor-
den sei: „Welche Verbrechen hat Gott gestraft, als er
die Städte Sodom und Gomorcha durch Feuer zer-
störte?“, welche Frage dann mit eingehenden Erörte-
rungen über Sodomiterei und sonstige Schandthaten
beantwortet werden mußten. Ist das nicht schlimmer
als Giftmischerlei! Neujean erwähnte ferner, jungen
Mädchen werde ein Buch: „Die Perlen des heiligen
Franz von Sales“, zu lesen gegeben, in welchem die
Liebe zu Christus mehr fleischlich als geistig geschildert
sei; ferner auch, daß im lütticher Volksalmanach die
Landesbehörden in folgender Reihenfolge aufgeführt
seien: der päpstliche Nuntius, die Bischöfe, der König u.“

Rußland.

Der officiösen Wiener Abendpost schreibt man
aus Petersburg vom 1. Mai: „Was die fremden
Zeitungen über hiesige Zustände berichten, ist fast
ausnahmslos aus der Luft gegriffen. Namentlich haben
die Gerüchte, als ob Rußland von den Nihilisten
minirt sei und am Vorabend einer Revolution stände,
keinerlei Begründung. Die endlich, wenn auch etwas
spät, erlassenen energischen Maßregeln dienen dazu,
das Publikum zu beruhigen. Seit den vom General
Guro ergriffenen strengen Verordnungen haben keine
Demonstrationen mehr stattgefunden. Höchst übertrie-
ben ist es, wenn ein pariser Blatt sich schreiben läßt,
die Zahl der allein hier Verhafteten belaufe sich auf
4700, von denen man aus Mangel an Platz die mei-
sten habe nach Kasan und Saratow schaffen müssen.
Im ganzen wurden etwa 2000 Personen gefänglich
eingezogen. Von diesen wurden viele nach dem ersten
Verhöre entlassen, einige hundert wurden aus Mangel
an Platz in der Nacht in die Kasematten von Dina-
burg geschickt. Unter den Hiergebliebenen, welche sich
auf die Gefängnisse der Gendarmarie, des litauischen
Schlosses und der Festung vertheilen, hofft man die
meisten Führer der Nihilistenbande arretirt zu haben.
Die Erbitterung des Volkes gegen die Verschörrer
ist kaum zu beschreiben. Wehe dem Nihilisten, welcher
unfern durch den schweren Wachtdienst erbitterten Dwor-
niten (Hausknechten) in die Hände fallen sollte!“

Türkei.

Die Neue Freie Presse bemerkt zu der Nachricht
der Agence russe, daß der Sultan, enttäuscht von dem
Brieft des Jaren erklärt habe, von den ihm durch den
Berliner Vertrag zustehenden Rechten keinen Gebrauch

Leipziger Börse.

9. Mai.

Wechsel.

Table of exchange rates for various locations including Amsterdam, London, and Paris.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, including titles like 'Preuss. Anl. 1877 v. 5000-3000' and 'K. Anl. 1877 v. 1000-3000'.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for various banks and locations.

Sorten.

Table of various types of securities and bonds, such as 'Preuss. Friedriehador' and 'K. Anl. 1877'.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table of railway stock prices for various companies.

Table of international bonds and securities, including titles like 'Berl.-Görlitzer 100' and 'Berl.-Potsdam-Magdeb.'.

Table of railway stock prices under the heading 'Eisenbahn-St.-Pr.-Actien'.

Table of bank and credit stock prices under the heading 'Bank- u. Credit-Actien'.

Table of industrial stock prices under the heading 'Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prioritäten'.

Table of foreign bonds and securities under the heading 'Ausländische Fonds'.

Table of international railway stock prices under the heading 'Int. Eisenb.-Prior.-Obl.'.

Table of international bank and credit stock prices under the heading 'Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.'.

Table of international railway stock prices under the heading 'Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.'.

Table of international coal stock prices under the heading 'Kohlen-Act. u. Prior.'.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

News Theater, Sonnabend, 10. Mai. Gastdarstellung des Herrn Ludwig Barnay, Ehrenmitglieds des Herzogl. Sachsen-Meininger Hoftheaters, vom Stadttheater in Hamburg. Graf Waldemar, Waldemar Graf Schenk, Herr Ludwig Barnay. (126. Abonnements-Vorstellung.)

Altes Theater, Sonnabend, 10. Mai. Die Verlobung bei der Katerne. Operette aus dem französischen von Michel Carré und Lion Battu. Musik von J. Offenbach. Das Versprechen hinterm Heerd. Eine Scene aus den österreichischen Alpen mit Nationalgesängen von Alexander Baumann.

Sächsische Ludwigsbahn.

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 28. v. Mts. ist die Dividende für das Betriebsjahr 1878 auf 4% festgesetzt worden. Nach Abzug der bereits bezahlten Abschlagsdividende beträgt demnach die Superdividende

für jede Actie à Fl. 250 = Fl. 5. — — A 8. 57 und
" " " à Fl. 350 = Fl. 7. — — A 12. —

Die Dividende kann vom 15. l. Mts. ab gegen Rücklieferung der Coupons Nr. 18 resp. 22 bei unserer Effectenverwaltung bezw. Hauptkasse dahier, sowie bei den Herren Meyer & Co. in Leipzig erhoben werden. [1045-47]
Leipzig, den 1. Mai 1879. Der Verwaltungsrath.

Auszug aus k. k. Hofrath Dr. Löschner's Schrift: Das Saischitzer Bitterwasser

als wahre und reinste Bittersalzquelle von keinem anderen sogenannten Bitterwasser übertroffen, ist ein mächtiges Arzneimittel in einer grossen, leider höchst traurig folgenreichen Reihe von Krankheiten — bei langwierigen Unterleibsleiden, Hämorrhoidal-Beschwerden, Hypochondrie und Hysterie, gichtischen Ablagerungen, Skropheln, Wurmkrankheiten etc. — und hat den Vorzug, zufolge seiner keineswegs stürmischen Einwirkung, auch den zartesten Organismen die trefflichsten Dienste zu leisten.

M. F. L. Industrie-Direction in Bilin (Böhmen).

Depôts in Leipzig bei C. Lössner & Sohn, Sam. Ritter. [808-12]

Erst erschienen das 166. Heft von Brochhaus' Conversations-Lexikon. Zwölfte Auflage.

180 Hefte zum Subscriptionspreise von 50 Fl.
Das Werk ist auch in 15 Bänden (Preis des Bandes geb. 6 Mark, in Halbfranzband 7 1/2 Mark) zu beziehen. Der erste bis dreizehnte Band (A-Stabilität) liegen bereits vollständig vor.

Unterzeichnungen nehmen alle Buchhandlungen an.

S. Kornick, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Berlin, Annen-Strasse 26 (an der Neuen Jacobs-Strasse).

Kaiserlich Deutsche Post. [1070] Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft.

Directe Post-Dampfschiffahrt zwischen
Hamburg und New-York,
Gahre anlaufend.

Suevia 14. Mai. Frisia 28. Mai. Lessing 11. Juni.
Herder 21. Mai. Gellert 4. Juni. Silesia 18. Juni.
Von Hamburg jeden Mittwoch, von Gahre jeden Sonnabend.

Hamburg, Westindien und Mexico,

Gahre anlaufend, nach verschiedenen Häfen Westindiens, Mexico's und der Westküste.
Vandalia 21. Mai. Saxonia 7. Juni. Teutonia 21. Juni.
von Hamburg am 7. und 21. jeden Monats. Die Dampfer vom 7. allein haben Anschluß in St. Thomas, via Havana, nach Vera Cruz, Tampico und Progreso.

Nähere Auskunft wegen Fracht und Passage ertheilt der General-Bevollmächtigte
August Bolten,
Wm. Miller's Nachfg. in Hamburg,
Admiralitätsstrasse No. 33/34 (Telegraph-Adresse: Bolten, Hamburg),
sowie der General-Agent **E. Kohlmann** in Leipzig, Neulirchhof 14.

Unentbehrlich für Bankiers, Kaufleute etc.

Die im Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig erschienene
zweite Auflage von
Noback's Münz-, Maass- und Gewichtsbuch
ist durch einen Nachtrag bis auf die Gegenwart fortgeführt. [1082]
Preis des Werks geh. 18 M., geb. 20 M., des Nachtrages apart 1 M. 20 Pf.

München 1879. INTERNATIONALE KUNSTAUSSTELLUNG im königlichen Glaspalaste.

Eröffnung am 20. Juli. Schluss am 31. October.
Zur Ausstellung gelangen Werke der Malerei, Sculptur,
Architectur und der graphischen Künste.
Prospecte sind zu beziehen vom
Comité
der Internationalen Kunstausstellung 1879 zu München. [840-46]

Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Karl Wiedemann in Leipzig. — Herausgeber: Dr. Eduard Brockhaus in Leipzig. — Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Kunst-Gewerbe-Ausstellung zu Leipzig.

Eintrittskarten werden in Partien von je 100 Stück an Wiederverkäufer von Sonnabend, den 10. d. Monats, ab in den Stunden von 10—12 Uhr Vormittags und 2—5 Uhr Nachmittags Hainstrasse 1, I. Etage, abgegeben, da ein Einzelverkauf am Eingange zur Ausstellung nicht stattfinden soll.

[1074-77] Der Geschäftsführende Ausschuss.

Bad Lippspringe.

Station Paderborn (Westf. Bahn) am Tentoburger Walde.

Stichstoffreiche Kalttherme (17° R.) mit Sauerbrunnen-Inhalationen, feuchtwarme beruhigende Luft, Schweizer Rollen. Erfolgreichstes Bad bei Chron. Lungenleiden, Pleuritischen Exsudaten, quälenden trockenen Katarrhen der Athmungsorgane, Congestionen dahin, nervösem Asthma, reizbarer Schwäche verschiedener Art, Dyspepsie. Frequenz circa 2300. Saison vom 15. Mai bis 15. September. Die Curbäder in den vergrößerten freundlichen Anlagen gewähren Comfort und vorzügliche Verpflegung. Die Cur-Einrichtungen wesentlich verbessert; Orchester 18 Mann stark.

Den Wasserbesuch bewirkt und Anfragen beantwortet

die Brunnen-Administration. [1053-55]

Kunst-Auction von C. G. Boerner in Leipzig.

Donnerstag, den 16. Mai 1879.
Sammlung des Herrn Oberbaurath Hausmann in Hannover:
Kupferstiche, Zeichnungen, Mosaike, Kunstbücher und Kupferwerke.
Cataloge gratis und franco von der
Kunsthandlung von C. G. Boerner in Leipzig. [1071]

Die Annoncen-Expedition von
J. BARCK & Co.
in
Halle a. d. Saale
empfiehlt sich zur Annahme von
Insertaten in alle Zeitungen.

CIRQUE ROYAL. CIRCUS RENZ.

Ecke der Frankfurter und Canalstrasse.
Heute Sonnabend grosse Vorstellung zum Benefiz für Herrn Tom Belling, genannt August.

August als Schutzeiter, August als Kunstreiter, August in seinem Eifer als Regisseur. — Ein Concert auf Weingläsern von Herrn Tom Belling, genannt August; August als Professor der Magie, besonders z. B. ist das Verschwinden einer Dame. — Das Schulpferd Neger, geritt. von Herrn E. Renz. — Ein Kürassiermanöver, geritt. v. 12 Damen. — Auftreten des Chinesen Chan Yu-Sing. Debut der berühmten amerikanischen Wasserkönigin Miss Lurline, auf ihrer Durchreise nach Hamburg, in ihren ausdauernden u. staunenerregenden Productionen unter Wasser. „Der Fall von Plewna“, grosses Ausstattungstück, neu arrangirt u. inscenirt von Director E. Renz.

Morgen Sonntag 2 grosse Vorstellungen.
Um 4 Uhr: „Der Fall von Plewna.“
Um 7 1/4 Uhr: „Grosses chinesis. Fest.“
Debut der amerikanischen Wasserkönigin Miss Lurline, sowie in beiden Vorstellungen Auftreten d. Chinesen Chan Yu-Sing.

Um 1/4 4 Uhr
III. großes Kunst-Wettrennen,

auf der **Universitätswiese** (hinter dem Johanna-Park), mit ganz neuen Piecen, u. anderem: **Der Sprung auf den irischen Wall** (Hoch-Graben-sprung, 20' Sprungweite), dieser Sprung wird im Steeple-Chase ausgeführt. Zum 1. Male die grossartigen Trempel-sprünge, ausgeführt von den vorzüglichsten Künstlern der Gesellschaft. Die Schnitzel-jagd. — **Jockey-Rennen** auf sacher Bahn. — **Hurdle-Race; Stehend-Rennen.** — **Wettfahren mit römischen Bigen.** — **Freie Concurrenz im Trab-fahren einspännig**, zwischen dem Herrn A. M. Ritter (Bes. d. Central-bazar f. Fuhrwesen) mit eigenem Pferde — u. dem Herrn J. W. Hager. (Da Herr Ritter beim ersten Rennen durch Mehrgewicht seines 4rädigen Wagens im Nachtheile war, so überlasse ich Herrn Ritter zum kommenden Rennen einen meiner 2rädigen Wagen.) [1091]

E. Renz, Director.
Amateurs, welche sich an dem Rennen betheiligen, oder unter sich ein Rennen veranstalten wollen, belieben sich an der **Circus-Casse** zu melden.
Alles Nähere die Anschlagzettel.

Mosel-Weine.

Die Weinhandlung von **Nicolaus Baden**, Weingutsbesitzer in Trier an der Mosel, offerirt preiswürdige Mosel- und Saar-Weine in großen und kleinen Gebinden, sowie mittlere bis hochfeine Flaschenweine von A 0,75 bis A 5,00 pr. Flasche incl. Glas.

Auf Wunsch erfolgt Sendung von Proben! Für reine Naturweine wird garantirt! (No. 61105) [1075-80]



Tegernsee im bairischen Gebirge. „Hôtel zur Post“

Volle Pension zu 5, 6 u. 7 Mark pro Tag. Einziges Hôtel unmittelbar am See. Keine Einrichtung. Bekannte vorzügliche Küche. Beste Preise. [1072-73] Carl Lehr, Eigentümer.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Dr. Max Ebel in Chemnitz mit Frä. Ida Stephan in Ramens. — Dr. Rudolf Daudert in Stüttrich mit Frä. Emma Dreemeyer in Leipzig. — Dr. Karl Müller in Neureudnitz mit Frä. Anna Rude in Gohse.
Getraut: Dr. Ernst Baumgärtel in Pöngersfeld i. B. mit Frä. Libby Müller. — Dr. Alfons Bed in Dresden mit Frä. Anna Fellmer.
Geboren: Dr. Arndt v. Arnim in Ritzsch ein Sohn. — Dr. Pastor Conig in Oberküllsdorf bei Bittau eine Tochter. — Dr. Pfarrer Georg Köhler in Weitenau bei Pieshitz ein Sohn. — Dr. Bergverwalter Müller in Lugau eine Tochter. — Dr. Georg D. Muffa in Leipzig ein Sohn. — Dr. Max Pflüger in Großenhain ein Sohn. — Dr. C. A. Zschimmer in Niederlössnitz ein Sohn.
Gestorben: Dr. Wirkl. Staatsrath und Leibarzt Dr. Wilhelm Johann Böttig in Petersburg. — Dr. Posamentierer-Obermeister J. G. Dittich in Leipzig. — Frau Helene Ehrenberg, geb. Pütter, in Dresden. — Dr. Bankier Adolf Lehmann in Eisenhof. — Frau Konstanze Freifrau v. Mantuffel, geb. Krenzel, in Pappendorf bei Dapnichen. — Frau Gertrud v. M. u. b. geb. Kuntner, in Meissen. — Dr. Heinrich Schneider in Leipzig. — Frau Marie Amalie Volkmann, geb. Weisenborn, in Wignitz.